

17

25. Januar 2002

medien heft

Städtische Öffentlichkeiten

Editorial

Matthias Loretan

Über zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und Agglomerationen. Doch sind wir überhaupt noch Bewohner von Städten oder nicht längst nur noch Bewohner unserer sorgsam gegen ein unwirtliches Draussen abgeschotteten privaten Wohnwelten, Konsumenten von Waren und Dienstleistungen, ortlose Pendler zwischen privaten Nischen und sozialem Nirgendwo? Zehren die Städte, in denen wir wohnen, kaufen und fahren nicht längst nur noch von einem überholten Bild? Städte sind in Gefahr, ihren Charakter, ihre Seele zu verlieren. Was einmal Stadt war, ist zum Standort mutiert, zur Servicestation für ein paar Überflieger, die der Welt trotz globaler Geschäfte die Horizonte verengen und die Stadt nur noch brauchen, um sich darin zu zeigen. Adolf Muschg bringt es auf den Punkt: Auf die Frage, was aus den Städten als klassischen Brütern der Zivilisation geworden sei, stellt er lakonisch fest: "Alles ist Stadt auf diesem Planeten, und nichts mehr urban." Kann man Städte so gezielt planen, bauen und gestalten, dass sie zum Schauplatz urbaner Kultur, zum vital genutzten Lebensraum werden? In diesem Dossier mit dem programmatischen Titel "Städtische Öffentlichkeiten" untersuchen wir Bedingungen der Möglichkeiten, wie Menschen in modernen Massengesellschaften die anonymen Verhältnisse ihres Zusammenlebens als Beteiligte mitgestalten können. Dabei fragen wir insbesondere nach dem Beitrag der Medien zur Bildung urbaner Öffentlichkeiten.

Impressum

Medienheft (vormals ZOOM Kommunikation und Medien – ZOOM K&M), ISSN 1424-4594, Herausgeber: Katholischer Mediendienst und Reformierte Medien

Redaktion: Judith Arnold, Matthias Loretan, Urs Meier, Bederstrasse 76, Postfach 147, 8027 Zürich, Telefon +41 (0)1 204 17 70, Fax 280 28 50, E-Mail redaktion@medienheft.ch, Internet www.medienheft.ch

Kostenloser Bezug via Internet oder Mailinglist. Bezug der gedruckten Medienheft-Dossiers (ca. drei Ausgaben pro Jahr) im Jahresabonnement inkl. Mwst. und Versand SFr. 30.– [Ausland SFr. 35.–], Bezug der gedruckten aktuellen Medienheft-Rubriken (Kritik, Politik, Literatur – ca. zwei Ausgaben pro Monat) als Beilage zur wöchentlichen Printausgabe des Medientipps (Adresse wie Medienheft)

medien heft

Inhalt:

Fleisch, Stein und Medien

Bilder Städtischer Öffentlichkeit im Film

Matthias Loretan

Seite 5

Orte und Nicht-Orte

Strukturen städtischer Kommunikation

Walter Lesch

Seite 8

Städtische Öffentlichkeit im Internet

Judith Arnold

Seite 15

Stadterzählungen

Auf der Suche nach Verstehens kategorien für eine kompakte Wirklichkeit

Gerhard Droesser

Seite 21

Kathedralen und Topfkollekten

Religiöse Präsenz in der urbanen Welt

Urs Meier

Seite 33

Die Grossstadt – des Schweizers Wunsch oder Albtraum?

Thomas Schneider

Seite 38

Pendlerzeitungen: Kompaktinfos auf dem Arbeitsweg

Martina Leonarz

Seite 45

Fleisch, Stein und Medien

Bilder städtischer Öffentlichkeiten im Film

Matthias Loretan

Das Kino ist eine urban geprägte Versammlungsöffentlichkeit. An ihrer Architektur lässt sich ein Stück wechselhafter Mediengeschichte rekonstruieren: vom Jahrmarkt, über die repräsentativen Kult-Orte in den Zentren, zum Pantoffelkino in der Intimität der Couchecke, bis hin zu den Multiplex-Vergnügungszentren an den Rändern der Städte. Als szenisches Medium eignet sich die Kinematographie aber auch, um raumzeitliche Strukturen öffentlicher Kommunikation in urbanen Verhältnissen darzustellen und im Hinblick auf ihre Funktionalität zu reflektieren.

Wie nehmen die Figuren in Filmen die Ambivalenz städtischer Lebenswelten wahr (zwischen Faszination und Krise)? Welche Möglichkeiten bietet urbane Kultur Menschen aus Fleisch und Blut, ihre Erfahrungen als Beteiligte zu artikulieren und über politische Kommunikation von unten Einfluss zu nehmen auf die Gestaltung der sozialen Probleme und die Steuerung der Stadtentwicklung? Wie reflektiert der Film das Handeln der Figuren in den Strukturen öffentlicher Kommunikation? – An vier ausgewählten Filmen sollen raumzeitliche Modelle öffentlicher Kommunikation kurz vorgestellt werden.

In "Metropolis" (Deutschland 1927) zeigt Fritz Lang den Alptraum einer modernen Stadtmaschine, deren entfesselte Mechanik die Welt dem Untergang zutreibt. Das hohe Paar überwindet mit seiner Liebe allerdings die zerstörerischen Gegensätze der väterlichen Herrschaft (zwischen den Klassen, zwischen Intellekt und Gemüt) und hebt sie vor der Kulisse einer gotischen Kathedrale in einer romantischen Versöhnung auf. Die Metaphorik der Familie und des Körpers (Versöhnung von Kopf und Hand im Herz) symbolisiert eine religiös legitimierte Ordnung, welche die Helden vor dem Volke repräsentieren, ja verkörpern. Öffentlichkeit von unten ist in die Katakomben verwiesen und anfällig für dämonische Verführungen. Dem Volk fällt die Rolle zu, das neue Erlöserpaar zu akklamieren.

In "The Belly of an Architect" (GB 1987) untersucht Greenaway die Möglichkeiten, einen Raum für Versammlungsöffentlichkeiten unter Bedingungen moderner Massengesellschaften zu schaffen. Das Pantheon mit seiner offenen Kuppel steht für den Anspruch, die Einheit der römischen Welt (Kultur und Natur, Himmel und Erde, urbi et orbi, Einheit des Kaiserreichs und Vielfalt der Götter) architektonisch zu fassen und als religiöser (Ver-)Sammlungsraum eine idealtypische Form der Öffentlichkeit antiker Stadtstaaten zu repräsentieren. Ob dieser Anspruch von den römischen Bürgern zur Kaiserszeit noch wahrgenommen wurde, bleibt eine offene Frage. Bei neuzeitlichen Menschen evoziert der Anspruch nur noch eine nostalgische Trauer um antike Vollendung. Das Vorhaben des amerikanischen Architekten Kracklite, der Hauptfigur von Greenaways Film, jedenfalls scheitert: Die Ausstellung zu Ehren Etienne-Louis Boullées, des Architekten der französischen Revolution, kommt nicht zustande. Sie bleiben ebenso nur ein Projekt wie die wegen ihres Gigantismus nicht realisierten Kuppelbauten, mit denen Boullée die Vernunft moderner Gesellschaft darzustellen versuchte. Die utopische Vision, moderne Gesellschaften in ihrer strukturellen Pluralität und funktionalen Differenzierung in einem Kuppelbau als Einheit zu repräsentieren (z.B. als eine in der Religion oder im Staat zentrierte Versammlungsöffentlichkeit), denunziert Greenaway als repressiv und faschistisch. Die männliche Allmachtsphantasie macht krank und verkennt die nahelie-

genden Möglichkeiten des Lebens, das seine Rundungen gerade nicht unter eine Kuppel aus Stein zwingen lässt.

Bescheidener nehmen sich die Erkundungen urbaner Öffentlichkeiten in zwei kleinen Filmstudien aus: In "Night on Earth" zeigt Jim Jarmusch (USA 1991), wie Menschen während der Dauer einer Taxifahrt einander näher kommen, in der geschützten Atmosphäre des anonymen Raumes zu Geständnissen provoziert werden und schliesslich nach Erledigung des Auftrags wieder auseinander gehen. Durch die Wahrung der Anonymität erweisen sich Taxis als soziale, aber geschützte Orte der Mitteilung von Persönlichem. Befreit vom Druck der Entscheidungsorientierung formell regulierter parlamentarischer Beratungen kann das Taxi als eine öffentliche Bühne verstanden werden, auf der sich publikumsorientierte Meinungsbildung informell, offen und anarchisch bilden kann (vgl. dazu die funktionalen und räumlichen Analogien und Differenzen zur Beichte).

Samir zeigt in "Babylon 2" (Schweiz 1993) die Unwirtlichkeit der wuchernden Agglomerationssiedlungen und fragt Kolleginnen und Kollegen seiner Generation, alle Secundos, Angehörige der zweiten Generation von sogenannten Fremdarbeiterfamilien, wo sie sich Zuhause fühlen. In einer geschickten Montage vernetzt er die Aussagen der Interviewten, nachgestellte Szenen und persönliche Erinnerungen zu einem Diskurs über Heimat und Verständigung im Exil. Die Medien und ihr Collageprinzip werden dabei zum virtuellen sozialen Ort, zur kreativen Lebenswelt der Secundos, in der sie zu kultureller Artikulation finden. Gerade weil sie den Turm ihrer Öffentlichkeit nicht im städtischen Zentrum in den Himmel steigen lassen (Babylon 1), sondern über mediale Vernetzungen vom Rande her organisieren, vermögen sie ihre exponierte Problemlage sensitiv wahrzunehmen und ihre Selbstverständigungsdiskurse mit musikalischer Leichtigkeit ironisch zu führen (Babylon 2).

Die exemplarische Auseinandersetzung mit dem szenischen Medium Film kann Bedingungen des Gelingens öffentlicher Verständigung in modernen urbanen Kontexten bewusst machen. Ihre Institutionalisierungen lassen sich nicht ohne Zwang als Einheit repräsentieren. Urbane Meinungsbildung gibt es weder als Inhalt noch als Verfahren nur im Singular (Babylon 1). Ihre raumzeitlichen Konkretionen sind vielmehr auf Pluralität, Differenzierung, Offenheit und Vernetzung angelegt. Die Kommunikation der Bürger entzündet sich am Strittigen und Defekten in alltäglichen Lebenszusammenhängen und organisiert sich als Netzwerk inhaltlicher Stellungnahmen spontan von den Rändern her. Das Netzwerk schafft Verbindungen zwischen Innen und Aussen, Arbeit und Freizeit, Privatem und Öffentlichem (Babylon 2).

Die publizistischen Medien können die öffentliche Verständigung stärken, indem sie ihr eine wirksame Infrastruktur zur Verfügung stellen. Das Mediensystem kann urbane Bürgerkommunikation aber auch lähmen, vor allem dann, wenn Medien sich einseitig nach Kriterien des Marktes oder der politischen Bürokratie ausrichten. Der schwachen Position des Publikums im Kreislauf der Macht dienen die Filme am ehesten dann, wenn sie den Anforderungen moderner Kunst (Adorno) Rechnung tragen: wenn sie für die Interpretation und Inanspruchnahme der Beteiligten offen, wenn sie sinnlich konkret (statt abstrakt und allgemein) und fragmentarisch sind.

medien heft

Matthias Loretan führt im Rahmen seines medienethischen Lehrauftrages am Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft in Freiburg i. Ue. seit über 10 Jahren Seminare durch, die der Publizistik eines bestimmten Landes (USA, Schweiz, Frankreich, Italien, Lateinamerika, Westafrika, Bosnien, Algerien und Kurdistan) gewidmet sind. Ein besonderes Augenmerk richtet sich jeweils auf die Darstellung der Medien und der öffentlichen Einrichtungen im Filmschaffen des entsprechenden Landes. Im Sommersemester 1999 beschäftigte sich das Seminar unter der Leitung von Walter Lesch und Matthias Loretan mit "City Life: Ethik und Ästhetik städtischer Öffentlichkeiten". Die Ideen und Ergebnisse dieses Seminars haben die Planung des aktuellen Dossiers angeregt.

Literatur:

Bürgisser, Margrit (1992): Zwischen Heimat und Niemandsland. Zum Bild der Stadt im Schwei: Spielfilm von 1970 - 1990, Zürich (NFP Stadt und Verkehr).

Möbius, Hanno / Vogt, Guntram (1990): Drehort Stadt. Das Thema "Grossstadt" im deutschen Fil Marburg.

Schenk, Irmbert (Hrsg.) (1999): Dschungel Grossstadt. Kino und Modernisierung. Marburg.

Sennett, Richard (1995): Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation. Berlin.

Vogt, Guntram (2002): Die Stadt im Kino. Deutsche Spielfilme 1900-2000 (geb. mit über 1000 Abbildungen). Marburg.

Orte und Nicht-Orte

Strukturen städtischer Kommunikation

Walter Lesch

Städte sind herausgehobene Orte moderner Kommunikationstechnik und Laboratorien der künftigen Medienentwicklung, die sich von den räumlichen Strukturen traditioneller Versammlungsöffentlichkeit mehr und mehr lösen wird. Zwischen dem vertrauten Topos des urbanen Raums und der U-Topie einer virtuellen Welt liegt das Spannungsfeld für eine Zeitdiagnose, die den mit städtischen Lebensformen verbundenen Sehnsüchten und Befürchtungen auf die Spur zu kommen versucht.

Zur Verständigung sind wir auf eine gemeinsame Sprache sowie auf allen Beteiligten zugängliche Treffpunkte angewiesen: auf *Gemeinplätze* (lieux communs), die in der unübersichtlichen Fülle der Zeichen und Botschaften leicht entdeckt und entziffert werden können, um als konkrete Anlässe und Orte des Kommunizierens zu dienen. Städte sind solche Foren der Begegnung und des Austauschs.

Treffpunkte und Zerstreung

In einer Kultur, die vor allem originelle Kreationen honoriert, haben Gemeinplätze den schlechten Ruf des Konventionellen und Abgedroschenen, das vom Genie besser zu meiden sei. Die avantgardistische Kunst verabschiedete sich vom Kanon des Überlieferten, um durch Tabubrüche und gezielte Provokationen Neues hervorzubringen, das dann freilich auch wieder auf dem Markt der Städte angepriesen wurde. Vor diesem Hintergrund hat sich ein Diskurs über städtische Öffentlichkeiten mit unvermeidlichen und mit vermeintlichen Untiefen auseinander zu setzen, die sich aus der historischen Verknüpfung von Stadtkultur und Medienkommunikation ergeben. Denn zunächst einmal ist es eine Binsenweisheit, dass Städte Verdichtungsräume für Politik, Wirtschaft und Kultur sind. Städte sind bevorzugte Orte der Medienindustrie, weil sie nicht nur die Produktionsmittel bereitstellen, sondern auch die Themen und Akteure der Kommunikation hervorbringen. Sie sind Bühne und Publikum zugleich – Gesamtkunstwerke, die von den Stadtbewohnern und ihren Besuchern nicht nur von aussen betrachtet werden, sondern in denen diese auch produzierend und konsumierend eine ebenso unterstützende wie kritische Rolle spielen.

Diese sinnliche Erfahrbarkeit von Kommunikation im realen Raum macht einen wesentlichen Teil der Faszination städtischen Lebens aus und ist nicht selten Anlass für eine nostalgische Rückbesinnung auf eine urbane Kultur, deren Weiterentwicklung nach Auffassung mancher Beobachter heute nicht mehr garantiert ist. Es gibt einerseits die bekannten Krisensymptome von grösseren Städten: Lärmbelästigung, Umweltverschmutzung, Hektik, Gewalt, Vereinsamung, Anonymität. Andererseits eröffnen die neuen Medien wie das Internet vielversprechende Aussichten auf Kommunikationskanäle und Arbeitsmöglichkeiten ausserhalb der städtischen Zentren, was ebenso eine Entlastung wie eine Entwertung der Anziehungskraft von Städten bedeuten kann. Genau daraus resultiert die Ambivalenz in der Bewertung von neuen Technologien, deren Wirkungsmöglichkeiten sich vom unverwechselbaren Ort städtischen Lebens lösen, um in den virtuellen Raum flexibler Nicht-Orte auszuwandern (vgl. Rötzer 1997), wobei die Vorliebe für städtische Metaphern (Telepolis, Cybercity, digitale Stadt) auffallend ist.

Die neuen Perspektiven des Virtuellen haben zugleich einen befreienden und einen verunsichernden Effekt. Sie befreien von der sklavischen Gebundenheit an Orte, deren unbestreitbare Vorteile immer schon von unangenehmen Nebenwirkungen begleitet waren. Man kann nicht alles haben: die zentrale Wohnlage in der City und die Oase der Ruhe. Städtisches Leben ist ganz wesentlich durch Mobilität und Beschleunigung gekennzeichnet (vgl. zu diesem Motiv in der Bildkunst die Interpretation von Fernand Légers "La ville", von Moos 1999), was nicht jedem gefällt. Auf der anderen Seite gibt es selbst bei den Kritikern des Stadtlebens eine affektive Verbundenheit mit den steinernen Strukturen sowie mit Stahl, Glas und Beton einer Stadt, die all ihren Schattenseiten zum Trotz so etwas wie "Heimat" werden kann. Stadtgründungen (vgl. Woitrin 1987) und komplette Umgestaltungen stellen eher die Ausnahme dar. In der Regel finden wir Städte als bereits vorstrukturierte Räume vor, deren "Text" wir uns aneignen, um ihn zu verstehen und um unseren Platz in diesem Gewebe zu finden. Als mitverantwortliche Bürgerinnen und Bürger (vgl. zur *citoyenneté* die Texte von Baudrillard u.a. 1991) werden wir Teil einer Geschichte, die längst vor uns begonnen hat und die uns nicht gleichgültig bleiben kann. Die kommunale Bürgerschaft gilt aus guten Gründen als die Keimzelle politischer Mitbestimmungsrechte. Die Stadtkultur bietet beides: die Chance zum Untertauchen in die Anonymität der Masse und zur aktiven persönlichen Identifikation mit einem sozialen Gebilde, das zu den komplexesten Formen des Zusammenlebens gehört und deshalb schon immer ein bevorzugter Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung war.

Modernität und Urbanität

Aus dem soziologischen Interesse an der Grossstadt ist die Stadtsoziologie als eine ausdifferenzierte Teildisziplin entstanden, die sich auf erste Ansätze bei den Gründerfiguren des Faches berufen kann, etwa auf Max Webers bekannte Arbeit "Die Stadt" von 1920, die noch stark mit dem Gegensatz von Stadt und Land arbeitet. Eine heutige Typologie der Siedlungsformen wird feine Abstufungen zwischen Städten, suburbanen Räumen und Agglomerationen berücksichtigen müssen und die Grenzen zwischen dem Urbanen und dem Provinziellen nicht mehr so eindeutig ziehen können. Es gibt grössere Städte, die kulturell eine gähnende Langeweile verbreiten, und kleinräumigere Strukturen, die alles andere als provinziell sind (vgl. Schoonbrodt/Maréchal 2000). Urbanität ist also nicht unbedingt eine Frage der Einwohnerzahl, sondern ein Habitus, der sich aus einem ganz bestimmten Umgang mit dem Raum als Faktor sozialer Interaktion ergibt. Städtische Räume eignen sich zu einem möglichst umfassenden Austausch nicht nur von Waren, sondern auch von Denk- und Lebensstilen, die sich wechselseitig inspirieren und einem intellektuellen Stillstand vorbeugen. Die Kommunikation in multikulturell zusammengesetzten Städten zeichnet sich nicht zuletzt durch die Offenheit für Fremde aus, die auf dem Weg der Arbeitsmigration oder auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung vorübergehend oder dauerhaft in die Städte gelangen (vgl. Milon 1999).

Es ist interessant, dass die Philosophie sich mit dem Nachdenken über die Stadt eher zurückgehalten hat (vgl. jedoch die Anthologie von Ansay/Schoonbrodt 1989; ferner Paetzold 1990 und Waldenfels 1990). Dabei ist das Philosophieren seit der Antike ein typisch städtisches Phänomen, das auf die Freiräume, Anregungen und Institutionen urbaner Kultur angewiesen ist: von der griechischen Agora bis zu den modernen Formen der Öffentlichkeit. Selbstverständlich gab es auch immer starke Gegenströmungen einer zivilisationskritischen Einstellung, die sich etwa bei Nietzsche oder bei Heidegger finden lässt. Zu Heideggers eigenwilligem Denken auf Feld- und Holzwegen gehört das

medien heft

Schwarzwald-Ambiente wie gewisse Stimmungen von Berlin und Paris zu Walter Benjamins Werk. Dass die Stadt nicht nur ein Ort guten Lebens ist, sondern eine stör anfällige und unter Umständen auch lebensgefährliche Konstruktion, wurde in unserer Zeit vor allem von verschiedenen Spielarten ökologisch motivierter Fortschrittskritik eindringlich betont. Es kann aus philosophischer Sicht also gar kein einstimmiges und naives Lob der Stadt geben.

Dennoch hat die Stadt zwischen Lust und Frust moderner Lebensformen ihre Position als wichtigster Siedlungsraum behalten (vgl. Spiegel special Nr. 12/1998, ZEIT-Punkte Nr. 6/1999, die Kursbücher 112 und 137 und Le genre humain 34), wobei allerdings weltweit gesehen drastische Unterschiede zu verzeichnen sind. Die Riesenstädte in den Ländern des Südens sind wohl kaum Inbegriff von Lebensqualität, sondern Ausdruck einer politisch, wirtschaftlich und demographisch krisenhaften Entwicklung, die auf weitere Konflikte zusteuert. Von besonderer Art sind auch die nordamerikanischen Grossstädte, die zwar in mancher Hinsicht – nicht zuletzt durch eine starke Präsenz in Filmen – eine Vorbildfunktion übernommen haben, denen aber die mehrere Jahrhunderte umfassende historische Dimension europäischer Zentren fehlt. Auch ohne eurozentrische Nabelschau dürfte es gerechtfertigt sein, die Kontinuität zwischen mittelalterlichen Städtegründungen und modernen Formen, die auf diesem Muster aufbauen, zu unterstreichen und als einen Aspekt von Lebensqualität zu würdigen (vgl. Le Goff 1997; vgl. auch den kurzen Überblick von Weill 1997, die Architekturgeschichte von Pevsner 1997 und den Pariser Ausstellungskatalog von Dethier/Guilheux 1994). Aus historischer Sicht liegt in den mittelalterlichen Städten und in den Stadtrepubliken der Renaissance der Ursprung bürgerlichen Selbstbewusstseins im Kampf gegen Fremdbestimmung. Die daraus erwachsene Strukturierung privater und öffentlicher Räume hat durch die Industrialisierung einen tiefgreifenden Wandel erfahren (vgl. Hoffmann-Axthelm 1993, Pinson 1996).

Mit den modernen Fertigungsmethoden wurde es möglich, die Bauverfahren zu beschleunigen und zu standardisieren, so dass mit seriellen Formen die Funktionsbestimmung von Gebäuden in den Mittelpunkt rückte. Das geschah um den Preis, dass die Bauwerke des sogenannten internationalen Stils zu einer Einebnung architektonischer Individualität und Regionalität führten. Es kann daher nicht überraschen, dass gerade die Architektur zum theoretischen Gegenstand einer intensiven Auseinandersetzung um die Moderne wurde, als in den 70er Jahren erste Ansätze zu einem "postmodernen" Bauen öffentliche Beachtung fanden und Polemiken auslösten. In Abgrenzung zum seelenlosen Funktionalismus (Behälterarchitektur) sollte eine neue Formensprache entwickelt werden, um die Städte bunter und interessanter zu machen. Das geschah zum Teil mit stilistischen Anspielungen auf vergangene Epochen, deren Formenelemente als Zitate in neue Entwürfe eingebaut wurden, ohne einen alten Stil vollständig nachzuahmen.

Von Verfechtern der normativen Gehalte einer aufklärerischen Moderne wurde diese augenzwinkernde Neuorientierung als Herausforderung verstanden, die zu einer Debatte führte, die aus einem Abstand von ein bis zwei Jahrzehnten mit grösserer Gelassenheit betrachtet werden kann. Insbesondere Jürgen Habermas hatte sich zum vehementen Anwalt einer modernen Architektur gemacht, obwohl er so manche Scheusslichkeit des Funktionalismus gar nicht leugnen konnte und wollte. Architektur sei nun einmal die anspruchsvolle Gratwanderung zwischen ästhetischem Anspruch und reiner Nutzenorientierung. Gerade diese Verbindung sei aber in der klassischen Moderne gelungen. "In der modernen Architektur hat sich, in einem glücklichen Augenblick, der ästhetische Eigensinn des Konstruktivismus mit der Zweckgebundenheit eines strengen Funktionalismus getroffen und zwanglos verbunden" (Habermas 1985: 28). Dahinter

steht leider ein sehr eindimensionales Konzept von Moderne, das sich allein in der zweifellos verdienstvollen Bauhaus-Architektur manifestiert. Dabei ist nicht einzusehen, warum Ornament wirklich ein Verbrechen sein sollte und warum hinter jeder Historisierung durch stilistische Mischformen die finsternen Mächte des Neokonservatismus zu wittern sind.

Stadt als Bühne und Lebensform

Für die von Habermas entwickelte Theorie der (politischen) Öffentlichkeit spielen Zitate und künstlerische Inszenierungen im Vergleich zu den Verfahren einer demokratischen Urteilsbildung und Entscheidungsfindung aus guten Gründen eine untergeordnete Rolle. Wer primär an der Begründung von moralischen oder politischen Geltungsansprüchen interessiert ist, neigt dazu, von den expressiven Bestandteilen der Kultur zu abstrahieren, um eine möglichst neutrale Prozedur zur Herstellung gerechter Strukturen und kontrollierter Macht zu entwickeln. Da dies ein unbestreitbares Anliegen ist, sind alternative Theorien der Öffentlichkeit eigentlich nicht als Gegenentwürfe zum politischen Ideal anzusehen, sondern vielmehr als komplementäre Aspekte in eine umfassende Theorie der Moderne einzubeziehen. Das gilt etwa von den Büchern Richard Sennetts, die immer wieder um das Thema der Stadtkultur kreisen und beklagen, dass wir von einer panischen Angst befallen seien, uns im öffentlichen Raum zu präsentieren. Sennett fordert eine "Kultur der Selbstpreisgabe", die dazu beitragen soll, dem Verlust sozialer Kontakte in einer nichtssagenden, neutralisierenden städtischen Umwelt entgegenzuwirken und Handeln und Sehen in ein neues Gleichgewicht zu bringen (vgl. den Originaltitel "The Conscience of the Eye", Sennett 1991).

Re-Visionen der Moderne

Die von Sennett formulierte Kritik an den Kommunikationsformen der Moderne zielt nicht auf eine Revision im Sinne einer konservativen Rückbesinnung auf vormoderne und antiemanzipatorische Werte. Im Gegenteil! Seine Re-Vision meint im wörtlichen Sinn eine Wiedergewinnung einer visuellen Kultur, in der auch körperliche Ausdrucksformen ihren Platz haben. Nichts anderes wollen auch die interessantesten Vertreter eines postmodernen Bauens, das sich vom internationalen Einheitsstil der Moderne durch eine grössere Pluralität und Kontextsensibilität abhebt. Unter Verwendung der von Heinrich Klotz vorgeschlagenen Definitionen könnte man sagen, dass die postmoderne Architektur Funktionalität mit Fiktionalität zu verbinden sucht und so eine Poetisierung der Technik möglich macht. Nicht die autonome geometrische Form ist das Grundmuster, sondern die fragile Individualität eines Gebäudes, das mit seiner Umgebung in Beziehung steht und historische Verbindungen herstellt, um diese eventuell auch wieder ironisch zu brechen (vgl. Klotz 1988). Damit ist der monumentale Anspruch moderner Endgültigkeit und Klarheit ins Wanken gebracht.

Eine in dieser Art revidierte und erneuerte Moderne hätte vor allem den Vorteil, den städtischen Raum nicht als ein neutrales Gefäß für wechselnde Inhalte zu konzipieren, sondern als eine Plattform, auf der die Höhen und Tiefen des Zusammenlebens in ihrer ganzen Fülle und Dramatik sichtbar werden. Eine solche Zurückgewinnung von Inhalten könnte sich auf alternative Projekte des Bauens und der Gestaltung städtischer Räume unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten eigentlich nur stimulierend auswirken und die Bühne urbanen Lebens und Kommunizierens attraktiver machen.

Ethisch-ästhetische Perspektivenwechsel

Jede Ethik der Kommunikation ist untrennbar mit einer Wahrnehmungskunst verbunden, mit deren Hilfe wir im Text der Stadt lesen lernen und die Spuren entziffern, die jene hinterlassen, die sich vor uns oder mit uns in Lebenswelten und Systemen bewegen (vgl. Lesch 1999). Dabei geht es um eine präzise Wahrnehmung von Wirklichkeit, aber auch um eine Rekonstruktion von Fiktionen und Mythen, von denen unser Bild der Stadt nicht weniger geprägt ist als durch die harten Fakten (vgl. etwa für Paris die grosse literaturwissenschaftliche Studie von Stierle 1993). Der Blick des Flaneurs ist zwar zunächst von gezielten Handlungsabläufen abgekoppelt; aber er ist, falls er nicht bei einer melancholischen Betrachtung des unwiderruflich Vergangenen verharret, eine Voraussetzung für eine Urteilsbildung, die neue Möglichkeiten des Mitgestaltens freisetzt. Auch in der sozialetischen Methodenlehre steht vor dem Urteilen und Handeln das Sehen, das sich ja nicht auf empirische Befunde beschränken muss, sondern auf eine umfassende Wahrnehmung zurückgreifen kann.

U-Topien der Kommunikationsgesellschaft

Bleibt am Ende also doch ein nostalgischer Blick auf die moderne Stadt, deren Bedrohung durch neue Kommunikationsformen wir hilflos beklagen, eine verzweifelte Beschwörung des *Gemeinplatzes* der in urbanen Netzen verorteten (warmen) Kommunikationsgemeinschaft angesichts der Ortlosigkeit einer hochtechnisierten (kalten) Kommunikationsgesellschaft? Es geht in der Tat um nicht weniger als um die Bewohnbarkeit eines gesellschaftlichen Raumes, dessen Zukunft nicht unwesentlich von der kommunikativen Qualität städtischer Ballungsräume abhängen wird. Die Gestaltung von Orten mit hoher Lebensqualität ist durchaus an die Entwicklung von *Nicht-Orten* (non-lieux) gekoppelt, die effiziente Infrastrukturleistungen erbringen (beispielsweise Verkehrssysteme, Bahnhöfe, Flughäfen) und gar nicht den Anspruch erheben, verständigungsorientiertes Handeln unmittelbar zu fördern (zur Entfaltung des Konzepts der "Orte" und "Nicht-Orte" vgl. Augé 1992). Wir werden uns wohl an eine Koexistenz von traditionellen, geschichtlich gewachsenen Orten und technisch erzeugten Nicht-Orten gewöhnen müssen, um uns der Werkzeuge der Kommunikation so zu bedienen, dass die humanen Gehalte des Kommunizierens weiterhin kultiviert werden – auch beim Träumen von Städten, die wir noch nicht gesehen haben (vgl. Calvins fiktive Stadtporträts in "Le città invisibile" von 1972), deren Bilder wir aber bereits in unserer Einbildungskraft mit uns tragen (vgl. zu einer phantasievollen Theorie des Kommunikationszeitalters und der Ortsveränderungen das allegorische Buch von Serres 1995).

Walter Lesch ist nach elfjähriger Tätigkeit an der Universität Freiburg/Schweiz seit 1999 Professor für philosophische und theologische Ethik an der Katholischen Universität Löwen in Louvain-la-Neuve/Belgien, einer "ville nouvelle" in der Nähe von Brüssel.

Literatur :

Ansary, Pierre / Schoonbrodt, René (1989): *Penser la ville. Choix de textes philosophiques.* Brüssel: Éditions des Archives d'Architecture Moderne.

Augé, Marc (1992): *Non-Lieux. Introduction à une anthropologie de la surmodernité.* Paris: Éditions du Seuil.

Baudrillard, Jean et al. (1991): *Citoyenneté et urbanité.* Paris: Éditions Esprit.

Calvino, Italo (1997): *Die unsichtbaren Städte.* München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 9. Aufl. (Orig.: *Le città invisibili.* Turin: Einaudi 1972).

Dethier, Jean / Guiheux, Alain (Hrsg.) (1994): *La Ville. Art et architecture en Europe 1870-1993.* Paris: Éditions du Centre Georges Pompidou.

Habermas, Jürgen (1985): *Die Neue Unübersichtlichkeit (Kleine Politische Schriften V).* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hoffmann-Axthelm, Dieter (1993): *Die dritte Stadt. Bausteine eines neuen Gründungsvertrages.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Klotz, Heinrich (1988): *Moderne und Postmoderne.* In: Welsch, Wolfgang (Hrsg.): *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion.* Weinheim: VCH, Acta Humaniora, S. 99-109.

Kursbuch 112 (1993): *Städte bauen.* Berlin: Rowohlt, Juni 1993.

Kursbuch 137 (1999): *Berlin. Metropole.* Berlin: Rowohlt, September 1999.

Le genre human 34 (1999): *Lumières sur la ville.* Paris: Seuil, April 1999.

Le Goff, Jacques (1997): *Pour l'amour des villes.* Paris: Les éditions Textuel 1997 (dt. Ausg.: *Die Liebe zur Stadt. Eine Erkundung vom Mittelalter bis zur Jahrtausendwende.* Frankfurt a.M. / New York: Campus 1998).

Lesch, Walter (1999): *Architektonische Spurensuche in Berlin und Paris.* In: *Orientierung* 63 (1999) Nr. 20, S. 221-224.

Milon, Alain (1999): *L'étranger dans la ville. Du rap au graff mural.* Paris: Presses Universitaires de France 1999.

Paetzold, Heinz (1990): *Philosophie der Stadt. Architektur und Stadtleben.* In: Ders.: *Profile der Ästhetik. Der Status von Kunst und Architektur in der Postmoderne.* Wien: Passagen-Verlag, S. 151-170.

Pevsner, Nikolaus (1997): *Europäische Architektur von den Anfängen bis zur Gegenwart.* Mit einem Beitrag zur Architektur seit 1960 von Winfried Nerdinger. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 8., erw. Aufl..

Pinson, Daniel (1996): *Architecture et modernité.* Paris: Flammarion.

Rötzer, Florian (1997): *Die Telepolis. Urbanität im digitalen Zeitalter.* Mannheim: Bollmann.

Schoonbrodt, René / Maréchal, Luc (2000): *La ville, même petite.* Brüssel: Labor.

Sennett, Richard (1991): *Civitas. Die Grossstadt und die Kultur des Unterschieds.* Frankfurt a.M.:

medien heft

S. Fischer (Orig.: The Conscience of the Eye. The Design and Social Life of Cities. New York: Alfred A. Knopf, Inc. 1990).

Serres, Michel (1995): Die Legende der Engel. Frankfurt a.M. / Leipzig: Insel (Orig.: La légende des anges. Paris: Flammarion 1993).

Spiegel special (1998): Leben in der Stadt. Lust oder Frust. Nr. 12/1998.

Stierle, Karlheinz (1993): Der Mythos von Paris. Zeichen und Bewusstsein der Stadt. München / Wien: Hanser.

von Moos, Stanislaus (1999): Fernand Léger: La ville. Zeitdruck, Grossstadt, Wahrnehmung. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag.

Waldenfels, Bernhard (1990): Gleichzeitigkeit des Ungleichartigen. Moderne Ordnung im Spiegel der Grossstadt. In: Ders.: Der Stachel des Fremden. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 243-261.

Weber, Max (1920/21): Die Stadt. Eine soziologische Untersuchung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 47, 1920/21, Heft 1, S. 621-772.

Weill, Michel (1997): L'urbanisme. Toulouse: Éditions Milan.

Woitrin, Michel (1987): Louvain-la-Neuve et Louvain-en-Woluwe. Le grand dessin. Paris / Gembloux: Éditions Duculot.

ZEIT-Punkte (1999): Bauen für das 21. Jahrhundert. Nr. 6/1999.

Städtische Öffentlichkeit im Internet

Judith Arnold

Wie das "Impressum" vieler digitaler Städte der Schweiz zeigt, ist eine Bürgerbeteiligung bei der Planung und Mitgestaltung selten. Gleichzeitig wird an die Bürgerbeteiligung hohe Erwartungen geknüpft, wenn es um die Nutzung von Stadtinformationssystemen, die politische Kommunikation im Vorfeld von Abstimmungen und Wahlen und die Zukunft des E-Voting geht. Politische Partizipation setzt aber Öffentlichkeit voraus, die es im Falle der digitalen Städte erst noch zu schaffen gilt.

Städte als Zentrum politischer, wirtschaftlicher und kultureller Kommunikation sind mit der Geschichte des Internets eng verbunden. Denn erste freie Zugänge zum Internet gehen auf das Engagement von Universitäten, kommunalen Behörden und Bürgernetzen zurück, die das bis in die 70er Jahre exklusiv von der Forschung beanspruchte Netz für die gesellschaftliche Nutzung öffnen wollten. Beispiele solcher Free-Nets in den USA sind "The Blacksburgh Electronic Village" (BEV), "The Davis Community Network" (DCN) oder "The WELL". Ihnen gemeinsam war das Bestreben, die Verbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie voranzutreiben und die städtische Öffentlichkeit zu beleben. Eine Schlüsselfunktion hatten "Community Networks" oder Bürgernetze inne, die für die Schulung technisch nicht versierter Bürgerinnen und Bürger sorgten und Terminals zur freien Nutzung in öffentlichen Lokalen aufstellten. Denn der Erfolg, mit dem Internet eine neue kommunale Öffentlichkeit zu schaffen, war abhängig von der Verbreitung der Internet-Zugänge und der Nutzerkompetenzen. Nachfolgeprojekte in Europa waren 1994 "De Digitale Stad Amsterdam" oder die "Internationale Stadt Berlin".

Das Fundament der digitalen Städte

Den Pionierprojekten zur Öffnung und Verbreitung des Internets in Europa und den USA ist die Stadtmetapher gemeinsam, nicht aber die ihnen zugrunde liegende Struktur. Blacksburgh Electronic Village (BEV) – eines der ersten Gemeindefernetze im World Wide Web überhaupt – ist aus der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Institutionen entstanden. Nebst der Stadtverwaltung war unter anderen auch die Telefongesellschaft Bell Atlantic Virginia beteiligt. Mittlerweile wird BEV von privaten Providern betrieben, wobei die Bürgerinnen und Bürger der Stadt weiterhin freien Zugang zum Internet haben. Beim Davis Community Network (DCN) ist eine gemeinnützige Nonprofit-Organisation Trägerschaft. Finanziert wird DCN sowohl von staatlichen als auch von privaten Organisationen, unter anderem von der University of California at Davis und Sun Microsystems (vgl. Brönnimann 1996: 20, 27). Die digitale Stadt Amsterdam, die sich an den Vorbildern aus Übersee orientierte, war anfänglich von einer unabhängigen Stiftung getragen und von der Regierung und der Wirtschaft mitfinanziert. Demgegenüber war die Internationale Stadt Berlin ein klassisches Bürgernetz. Es wurde initiiert von Künstlern, Informatikern und Medienwissenschaftlern und durch private Aufträge und die geringen Gebühren für die partizipierenden Bürgerinnen und Bürger finanziert.

Die Gründerjahre der digitalen Städte in Europa, Kanada und den USA waren begleitet von den Hoffnungen an das demokratiefördernde Potential des Internets. Was die hoch gesetzten Ziele bezüglich der politischen Partizipation der Netzbürger betraf, so lieferte die Forschung aber meist ernüchternde Resultate. Politische Kommunikation blieb aus

oder entwickelte sich nicht im erwarteten Ausmass. Die Stadtregierung, die das Projekt der digitalen Stadt Amsterdam förderte, um die Bürgerbeteiligung im Internet vor den Stadtratswahlen zu erforschen, zog sich von der Trägerschaft zurück, was letztlich zum Verkauf der digitalen Stadt führte. Mehr als Legende denn als lebendiges Beispiel hat der europäische Pionier aber weiterhin eine Vorbildfunktion, zumal es für eine gewisse Zeit gelang, urbanes Leben im Internet zu stimulieren. Ein anderes Schicksal war der Internationalen Stadt Berlin beschieden: Die privaten Informationsangebote des Bürgernetzes breiteten sich chaotisch aus, so dass sie nur noch passiv wahrgenommen wurden, und die Eigeninitiativen zum Erliegen kamen.

Monopolisierung städtischer Öffentlichkeit

Die Beispiele von Amsterdam und Berlin lassen vermuten, dass die grundlegenden Strukturen digitaler Städte ihren Einfluss auf die Entstehung und Entwicklung urbaner Öffentlichkeit im Internet ausüben. Je nachdem, ob Unternehmen, Behörden oder Stiftungen die Trägerschaft bilden, wird sich eine digitale Stadt anders entwickeln. Die Zusammenführung möglichst vieler urbaner Strukturen könnte ein Garant für das Prosperieren digitaler Städten sein, während bei einem Ungleichgewicht Strukturprobleme zu erwarten sind: Ausschliesslich durch Bürgerinitiative getragene Projekte wie die Internationale Stadt Berlin laufen Gefahr, schnell unübersichtlich zu werden. Eine Kommerzialisierung – wie das Beispiel der digitalen Stadt Amsterdam zeigt – lässt hoffnungsvolle Projekte zu einer Ansammlung professionell langweiliger Internetseiten verkommen. Eine Monopolisierung durch die Verwaltung schliesslich lässt das beste Stadtinformationssystem veröden, wenn es nicht gelingt, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft in die Planung einzubinden.

Stadtinformationssysteme in der Schweiz

Wenn man die Trägerschaften digitaler Städte der Schweiz vergleicht, so handelt es sich heute in überwiegender Zahl um Bürger-, Wirtschafts- und Touristikinformationssysteme. Oftmals sind Verbindungen oder Mischformen von Strukturen zu beobachten wie die Public-Private-Partnership, kurz PPP genannt. Dies begründet sich einerseits durch die unterschiedlichen Interessen, die mit einem ortsbezogenen Internetauftritt verbunden sind, zum andern durch das Bestreben, die Effizienz des Unterhalts zu steigern und die Kosten zu senken. Dabei lassen sich eine Vielzahl von Kräften verorten, die in unterschiedlicher Verbindung und Anzahl eigene oder gemeinsame Internetauftritte mit lokalem Bezug errichten: die Wirtschaft und die Touristik, die den Wirtschaftsstandort stärken wollen, die Politik, die sich eine vermehrte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger erhofft, die Behörden, die einen besseren Austausch zwischen Bürger und Staat anstreben, die Universitäten und Schulen, die das Informations- und Bildungspotential des Internets ausschöpfen wollen, die Kultur, die ihre Veranstaltungen, Aktivitäten und Einrichtungen präsentieren will, lokale Medien, die einen weiteren Distributionskanal wittern und schliesslich gesellschaftliche Akteure wie NGO's, Vereine und Private, die den lokalen und globalen Austausch suchen.

Seit der Deregulierung der Telekommunikationsbranche kostengünstige oder -neutrale Provider Internetzugang anbieten, haben städtische Einwahlknoten und damit auch die Stadtmetapher ihre Bedeutung verloren. Was zu Beginn des Internets hilfreich und fruchtbar war, um unbekannte Vorgänge im Internet an vertraute zu knüpfen, wurde mit

zunehmender Verbreitung der neuen Technologie scheinbar obsolet. Die Stadtmetapher wird daher nicht zuletzt von den Pionieren kritisch bewertet. Dennoch hat sich die Idee, städtische Informations- und Kommunikationsflüsse im Internet zu bündeln, nicht verlebt. Denn geblieben ist die Frage, wie sich das technisch zweifellos gegebene Kommunikationspotential zur Schaffung städtischer Öffentlichkeit nutzen lässt.

Heute werden die meisten digitalen Städte der Schweiz von Behörden unterhalten. Diese sehen im Internet ein dankbares Instrument, um Bürgernähe zu demonstrieren und Verwaltungstätigkeiten zu rationalisieren. Oft wird in diesen Fällen von "virtuellen Ratshäusern" gesprochen, da ihnen nicht die Tradition der Free-Nets zugrunde liegt, sondern das New Public Management. Demzufolge konzentrieren sich die meisten Internet-Auftritte städtischer Behörden auf Informationen und das Kommunikationsangebot per E-Mail. Transaktionsmöglichkeiten sind demgegenüber noch rar, denn Informatiklösungen für das Versenden von Formularen müssen einerseits den Datenschutz gewährleisten und andererseits eine eindeutige Identifizierung von Absendern ermöglichen. Schliesslich werden im Rahmen des "Guichet virtuel", dem E-Government-Projekt des Bundes, in den Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich erste Pilotprojekte für das künftige E-Voting erprobt. Was die meisten Stadtinformationssysteme noch vermissen lassen, sind politische Foren oder Partizipationsmöglichkeiten an der Planung und Gestaltung der digitalen Städte. Denn die Schaffung von Öffentlichkeit wäre die Voraussetzung, dass dereinst politische Kommunikation und Partizipation im Internet stattfinden kann. Öffentlichkeit definiert ein für Themen und Akteure offenes Forum, das Informations- und Meinungs austausch ermöglicht, Argumente aggregiert und Mehrheitsmeinungen erzeugt. Öffentlichkeit ist somit Grundlage jeder politischen Aktivität. Will man politische Kommunikation im und durch das Internet fördern, so werden die Bürgerinformationssysteme nicht umhinkommen, die Kommunikationsflüsse auf ihre Mühlen zu lenken. Bürgernetze könnten dabei eine Schlüsselrolle spielen.

Bürgernetze als Träger städtischer Öffentlichkeit

Ein Beispiel für die tragende Rolle von Bürgernetzen sowohl für die Popularität des Internets als auch für die Schaffung städtischer Öffentlichkeit ist "Bayern Online". Durch einen Ministerratsbeschluss 1995 wurden Bürger und mittelständische Unternehmen eingeladen, bis 1998 das Bayernnetz unentgeltlich für nicht-kommerzielle Zwecke zu nutzen. Voraussetzung war, dass die entsprechenden Einwahlknoten von den Bürgern selbst errichtet und finanziert wurden. Auf Anregung der Staatsregierung wurden 81 "Bürgernetz-Vereine" gegründet, die bis Ende 1998 etwa 80 Prozent der Bevölkerung einen Internet-Zugang zum Telefonortstarif verschaffen sollten. Sie sorgten für die Einrichtung von örtlichen Informationssystemen und für die Einwahlknoten zum Bayernnetz. Zudem führten sie Schulungen durch, um Bürger und Unternehmen mit dem Internet vertraut zu machen. Am Ende des Pilotprojekts hatten über 99 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Bayerns potenziellen Zugang zum Internet. Damit wurde die Initiative "Bürgernetz" ein weltweit beachteter Erfolg, wofür Bayern Online 1998 den Carl-Bertelsmann-Preis für die weltweit beste Initiative zur Vermittlung von Nutzerkompetenz in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien erhalten hat.

Bürgernetze und Internet-Nutzung in der Schweiz

Bürgernetze haben in der Schweiz noch keine Tradition. Kommerzielle Provider eroberten den Markt, noch bevor die Idee der digitalen Stadt die Schweiz erreichte. Dennoch oder gerade deshalb wurde das Internet schnell populär: Nach einer vergleichenden Studie gehören die Schweizerinnen und Schweizer mittlerweile zu den eifrigsten Surfern in Europa. Dies belegt die zweite Studie der Pan European Internet Surveys 2002, die durch die EURO JIC'S (Joint Industry Committees) koordiniert wird (www.ejic.org). Mit einem Anstieg von 11 Prozent im Vergleich zum Vorjahr belegt die Schweizer Bevölkerung mit 48,9 Prozent Internet-Nutzung europaweit den Spitzenplatz, gefolgt von Grossbritannien mit 40,8 Prozent, Frankreich mit 34,6 Prozent und Deutschland mit 34,4 Prozent. 43,7 Prozent der Internetnutzer in der Schweiz surfen zudem täglich im World Wide Web. Dabei ist die Nutzung zu Hause mit 35,9 Prozent bereits häufiger als die Nutzung am Arbeitsplatz oder bei der Ausbildung (31 Prozent). Diese hohe Internet-Nutzung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sozio-ökonomisch schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen von den neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten abgeschnitten sind. Personen in computerfernen Berufen, Arbeitslose, im Haushalt Tätige, Senioren und Immigranten kommen zum Teil kaum mit dem Internet in Berührung. Darüber hinaus werden gerade die bildungsfernen Erwachsenen von der "Bildungsoffensive" des Bundes zur Förderung der Computer-Literacy nicht erreicht.

1997 wurde die "Groupe de Réflexion" vom Bund beauftragt, die Chancen der Informationsgesellschaft für die Schweiz aufzuzeigen. In ihrem Bericht hält sie fest, dass Bürgernetzen eine entscheidende Rolle zukommen könnte, was die Verbreitung von Internet-Zugängen und die Nutzung durch eine breite Bevölkerung betrifft. Grundlage bildete eine Studie der Prognos AG, die auf die Beispiele in den USA und auf Bremen in Europa als mögliche Orientierung für die Schweiz hinwies (Prognos AG 1997:74ff.). Bisher wurden diese Hinweise wenig beachtet. Dabei könnte die Ausbildung von Bürgernetzen in der Schweiz durchaus attraktiv sein. Nebst einer Belebung der digitalen Städte könnte mit Hilfe der Bürgernetze auch die Lücke der Bildungsoffensive geschlossen werden. Betrachtet man die erfolgreichen Projekte digitaler Städte in Amerika und Europa, so kann man feststellen, dass Regierungen und Behörden nicht unwesentlich an der Initiierung und Entwicklung beteiligt waren. Laut der Koordinationsstelle Informationsgesellschaft KIG versteht sich der Staat als Förderer, Modellanwender und Schaffer von Rahmenbedingungen für die Informationsgesellschaft Schweiz. Es stellt sich die Frage, inwiefern er diese Aufgabe mit der Förderung von Bürgernetzen wahrnehmen könnte.

Judith Arnold ist Studentin der Publizistikwissenschaft und Medienforschung an der Universität Zürich und Redaktorin des Medienhefts.

Literatur:

Baumgärtler, Tilman (1997): Netmalls statt digitalen Städten. In: Telepolis, 18.12.1997.
<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/1359/1.html>

Blank, Joachim (1998): Internationale Stadt Berlin (1994-1998) – ein Rückblick.
<http://www.hgdoe.de/pol/blank.htm>

Brönnimann, Christoph (1996): Öffentlichkeit und politische Partizipation in kommunalen Netzwerken. <http://www.unizh.ch/~cbro/text1.htm>

Bundesrat (1998): Strategie des Bundesrats für eine Informationsgesellschaft Schweiz. 18. Februar 1998. http://www.isps.ch/ger/stored_documents/RTF/42.rtf

Ferretti, Jaqueline / Hovenbitzer, Beatrice (o.J.): Die Digitale Stadt Amsterdam. HFS Basel.
<http://www.schulnetz.ch/unterrichten/fachbereiche/medienseminar/digi.htm>

Gellner, Winand / von Korff, Fritz (Hrsg.) (1998): Demokratie und Internet. Baden-Baden.

Geser, Hans (1996): Auf dem Weg zur "Cyberdemocracy"? Auswirkungen der Computernetze auf die öffentliche politische Kommunikation. http://socio.ch/intcom/t_hgeser00.htm

Gisler, Michael / Spahni, Dieter (Hrsg.) (2001): eGovernment. Eine Standortbestimmung. Bern.

Groupe de Réflexion (1997): Für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz. Zuhanden des Schweizerischen Bundesrates, Juni 1997. <http://www.intro.ch/groupedereflection/de/>
(vgl. Kapitel 6: Community Networks in der Schweiz)

Hagen, Martin (1997): Elektronische Demokratie in den USA. Computernetzwerke und ihre Rezeption in amerikanischen Demokratiedebatten. Hamburg.
Ausschnitt der Diplomarbeit unter: http://www.uni-giessen.de/fb03/vinci/labore/netz/hag_dt.htm

Klaus Kamps (Hrsg.) (1999): Elektronische Demokratie? – Perspektiven politischer Partizipation. Opladen.

Kehr, Ralf / Jansen, Martin (1997): Soziale, kulturelle und politische Aspekte neuer Informations- und Kommunikationstechnologien unter Berücksichtigung von Perspektiven für die Soziale Arbeit. Diplomarbeit, eingereicht an der Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozialarbeit, Sozialpädagogik. <http://www-public.rz.uni-duesseldorf.de/~kehr!/start.htm>

Kleinsteuber, Hans J. (Hrsg.) (1996): Der "Information Superhighway". Amerikanische Visionen und Erfahrungen. Opladen.

Klinger, Rudolf (2000): Bayern goes online. Über das Bürgernetz als Weg in die Kommunikationsgesellschaft. In: politik-digital.de, 25. Juli 2000.
<http://www.politik-digital.de/e-demokratie/staedte/bayern.shtml>

KIG (2000): 2. Bericht der Koordinationsstelle Informationsgesellschaft (KIG) an den Bundesrat. 16. Mai 2000. http://www.isps.ch/ger/stored_documents/PDF/310.pdf

Kolbe, Till / Requardt, Meno (1997): Die vernetzte Stadt. Seminararbeit, eingereicht an der Technischen Universität Braunschweig, Institut für Sozialwissenschaften.
<http://www-public.tu-bs.de:8080/~y0001189/sowi.htm>

Kubicek, Herbert / Wagner, Heiderose (1996): Community Networks und der Information Highway - Von der Counterculture zum Mainstream. In: Kleinsteuber, Hans J. (1996): Der "Information Superhighway". Amerikanische Visionen und Erfahrungen. Opladen, S. 201-235.
<http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/internet/fgtk/OnlineInfos/ComNets/CNs.html>

Kubicek, Herbert / Taube, Wolfgang (1996): Auf dem Weg zu informativen Informationssystemen: Inhalte, Organisation und Technik am Beispiel eines Stadtinformationssystems. In: Proceedings der GI-Jahrestagung Informatik 1996, Klagenfurt.
<http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/internet/fgtk/OnlineInfos/Klagenfurt/Klag15.html>

medien heft

Kubicek, Herbert (1996): Bürgerinformationssysteme. Stand und Perspektiven im Rahmen multi-medialer Stadtinformation.

<http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/internet/fgtk/OnlineInfos/Difu/Difu.html>

Kubicek, Herbert (1998): Interaktive Rathäuser in Deutschland – Eine Evaluation kommunaler Verwaltungsangebote im World Wide Web. Berichte des Fachbereichs Mathematik und Informatik der Universität Bremen 5/98.

Kubicek, Herbert (1999): Vom Stadtinformationssystem zum One Stop Government – Möglichkeiten bürgerorientierter Verwaltung im Internet am Beispiel der Stadt Bremen. In: Dietrich Budäus und Peter Gronbach (Hrsg.): Umsetzung neuer Rechnungs- und Informationssysteme in innovativen Verwaltungen. Tagungsband der 1. Norddeutschen Fachtagung zum New Public Management Haufe Verlag, Freiburg 1999, S. 155-178.

Leggewie, Claus / Maar, Christa (1998): Politik und Internet. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie.

Lischka, Konrad (2001): Es ist wieder 1994. Die Digitale Stadt Amsterdam ist tot – die Gemeinschaft zum Neuaufbau aber sehr lebendig. In: Telepolis, 5.2.2001.

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/4843/1.html>

Lovink, Geert (1995): Ueber den Aufbau einer virtuellen Öffentlichkeit. Die Digitale Stadt Amsterdam. In: Katalog, Ars Electronica 1995. <http://www.thing.desk.nl/bilwet/Geert/Aufsaeetze/dds.txt>

Mambrey, Peter (o.J.): Elektronische Bürgernetze – von euphorischer Rhetorik zu realitätsbezogenen Konzepten. <http://www.hgdoe.de/pol/mambrey.htm>

Marschall, Stefan (1998): Netzöffentlichkeit – eine demokratische Alternative? In: Gellner, Winand / von Korff, Fritz (Hrsg.) (1998): Demokratie und Internet. Baden-Baden, S. 43-54.

Nelius, Martin (2000): Elektronische Demokratie – Was können deutsche Kommunen aus amerikanischen Erfahrungen lernen? Diplomarbeit, eingereicht an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Kehl. <http://www.fh-kehl.de/stabnet/diplomarbeiten/46868.pdf>

Prognos. AG (1997): Informationsgesellschaft Schweiz - Bestandesaufnahme und Perspektiven. Endbericht, Mai 1997. http://www.isps.ch/ger/stored_documents/PDF/158.pdf

Prognos AG (2001): ICT im öffentlichen Sektor in der Schweiz. Durchgeführt von der Prognos AG im Auftrag des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM), Biel. Bericht, Kurzfassung, Basel, 13.2.2001. http://www.isps.ch/ger/stored_documents/PDF/1381.pdf

Sachsee, Rolf (2001): Die Mutter aller elektronischen Kommunen: Das digitale Amsterdam. In: Telepolis, 10.1.2001. <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/digi/4650/1.html>

Schmundt, Hilmar (1999): Berlin 2.0 – die digitale Hauptstadt geht online. In: politik-digital.de, 13.8.1999. <http://www.politik-digital.de/e-demokratie/staedte/berlin.shtml>

Schroth Olaf (2001): Bürgernetze als Schnittstellen zwischen sozialen und elektronischen Netzwerken.

Schweizerische Bundeskanzlei (2001): Der Guichet virtuel. Ein Projekt von Bund, Kantonen und Gemeinden. <http://e-gov.admin.ch/de/index.php>

Telepolis Spezial: Digitale Städte: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/digi/default.html>

Thönen, Urs (2001): Staat und Internet. Standortbestimmung zum E-Government. In: NZZ, 26.3.2001. <http://www.nzz.ch/netzstoff/2001/2001.03.26-pl-article76J18.html>

Treanor, Paul (2000): Digitale Stad Amsterdam wurde aufgekauft. In: Telepolis, 6.1.2000. <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/5654/1.html>

von Korff, Fritz (1998): Kommunale Bürgernetze im Internet. In: Gellner, Winand / von Korff, Fritz (Hrsg.) (1998): Demokratie und Internet. Baden-Baden, S. 95-107.

medien heft

Links:

Schweiz:

Gemeindedatenbank der IDHEAP Schweiz:
<http://www.gov.ch/govchde.nsf/Communes?OpenView>

Städtedatenbank der IDHEAP BADAC Schweiz
http://www.badac.ch/d/liens/admin_comm.html

Information Society Project Switzerland
Koordinationsstelle Informationsgesellschaft Schweiz KIG
<http://www.isps.ch>

Deutschland:

Bayern Online:
<http://www.bayern.de>

Bremen:
www.bremen.de

Bürgernetzverband Bayern:
www.buerger.net/idee/

Internationale Stadt Berlin (wieder neu seit Oktober 2001):
<http://www.in-berlin.de>

Münster Stadtnetz (publikom):
<http://www.muenster.de>

Niederlande:

De Digitale Stad Amsterdam:
<http://www.dds.nl>

Grossbritannien:

Newcastle: Grünbuch zur Bürgerpartizipation:
<http://www.newcastle.gov.uk/commpart.nsf/a/home?opendocument>

NewNet:
www.newnet.org.uk

USA:

Center für Civic Networking CNN:
<http://www.civicnet.org>

The Blacksburgh Electronic Village
<http://www.bev.net>

The Davis Community Network (DCN):
www.dcn.davis.ca.us

The WELL
<http://www.well.com/>

Stadterzählungen

Auf der Suche nach Verstehenskategorien für eine kompakte Wirklichkeit

Gerhard Droesser

Über das "Wesen" oder den "Begriff" der Stadt zu reden, ist wegen der grossen Unterschiedlichkeit ihrer materialisierten Erscheinungen schwierig. Was hat eine Ackerbürgerstadt, die das Dörfliche kaum hinter sich gelassen hat, mit einer Grossstadt zu tun, die vielleicht die Grenzen der städtischen Möglichkeiten schon wieder überschritten hat? Es scheint angemessener, sich von den Phänomenen führen zu lassen, die in der eigenen Lebenserfahrung gegeben sind, von Stadtbildern, die sich der Erinnerung präsentieren, die man befragen und an denen man das Fragen lernen kann. Es gilt Wege aufzutun, über das Städtische zu sprechen, Perspektiven zu eröffnen.

Die Uneindeutigkeit des Begriffs ist in der Uneindeutigkeit des Objekts selbst begründet: Die Stadt ist immer mehr, als wir von ihr in den Definitionen unserer Alltagspraxis fixieren können. Es gibt Viertel, die ein Stadtbewohner in seinem ganzen Leben nie durchqueren wird, in denen er sich nicht auskennt, während andere dort Zuhause sind. Es gibt Ämter, von deren Existenz und Funktionieren er nur dunkel weiss. Hinterhöfe, verwunschene Stellen am Bahndamm, zugänglich nur den Eingeweihten. Da ist eine Differenz, welche die Kommunikation über die Stadt irritiert, die zu Unterscheidungen anregt. Zur Enge und Engstirnigkeit der Kleinstadt trägt wohl bei, dass ihre sozialen Räume im Licht eindeutiger Sitte geheimnislos wohlgeordnet sind, und nur das, was hinter den Vorhängen im Privaten an Abweichendem geschieht, Neugier und moralische Entrüstung erregt.

Zur Eigenart der modernen Stadterfahrung mag gehören, gerade mit diesen ständigen Verunsicherungen zurecht zu kommen, mit einer gewissen Gleichgültigkeit und Kälte über sie hinwegzugehen. Das ist lebenspraktisch notwendig, um gegen den Sog der mannigfaltigen Erlebnismöglichkeiten die Identität des jeweiligen Projekts und der eigenen Identität durchzusetzen. Ebenso wie Menschen sich durch "ihre" Stadt definieren, müssen sie sich auch gegen sie bestimmen, sich für sich setzen, in weit entschiedenerem Mass, als dies auf dem Lande nötig ist. Zur Stadtfähigkeit gehört aber zugleich, reaktionsschnell den Raum des privaten Seins wieder aufheben zu können und unproblematisch auf die Erfordernisse differenter sozialer Welten einzuschwenken. Der Stadtbewohner kann gar nicht anders als weltläufig sein. Er ist offen und abweisend zugleich.

Erfahrungen des Städtischen im biographischen Erinnern

Die Stadt widerfährt den lebenden Individuen als ein objektives Gebilde, dessen Gewordensein ihrem Handeln und Leben vorausgeht und ihr endliches Dasein überdauern wird. Die Stadt ist der feste Ort, in welchem die Menschen Wohnung nehmen, die sie verlassen und in die sie zurückkehren, oder, wenn das reale Band gelöst ist, die sie in der Erinnerung behalten. Welche Macht hat das Stadtgebilde über ihre Bewohner?

Zu einer Stadt zu gehören, gehört zu unseren Identitätsmerkmalen. Mit dem Stadtnamen weisen wir uns ebenso aus wie mit unserem eigenen. "Wo wohnst Du?", und: "Wo kommst Du her?", sind Fragen, die im Alltag den Gefühlsraum für Bekanntschaft und Freundschaft entstehen lassen können. Um so mehr glaubt man die Stadt zu kennen, je

medien heft

mehr ihre Nennung andere Namen – von Strassen, Schulen, Wirtshäusern und Cafés – evoziert, je mehr sich der Name in Erinnerungsmustern durch Lebenserfahrung gewonnene Kartierungen konkretisiert. Der Name weckt Assoziationen, verhilft zu einer – wie immer fiktiven – Orientierung.

Die Stadt ist so gewiss ein *materieller Ort*, in welchem die Menschen ihren Besorgungen nachgehen. Sie ist aber zugleich ein *ideeller und imaginierter Ort*, der im individuellen Bewusstsein seine Bedeutsamkeit entfaltet und in den lebenslangen Reflexionsprozessen individueller Selbstvergewisserung fortgedeutet wird.

Wie unfertig und roh das nur Materielle gegenüber den Bewusstseinskompositionen auch wirken mag – es bleibt die Bedingung, die unsere Phantasie und die Phantasie all jener Menschen, die zu ihm in Beziehung stehen, berührt und anregt. Das Materielle ist der objektive Widerstand, der in den Stadterzählungen nicht aufgeht. Das macht, dass wir unsere Erzählungen ineinander verfließen lassen können, dass sie im Unterschiedlichen zu gespannter und dennoch immer unabgeschlossener Einheit finden.

Jedes Individuum nimmt einerseits teil an der sozialen Welt, in der es kommunikationsbestimmt und kommunikationsbestimmend ist. Andererseits ist jedes Individuum eine Welt für sich, deren Grund für die anderen wie für es selbst undurchsichtig bleibt. Wir kommunizieren unsere individuellen Basisdifferenzen über das Medium der städtischen Symbole, die fragil und fragmentarisch neben dem, was uns an städtischer Objektivität gemeinsam ist oder werden kann, gerade auch die Differenz der objektiven Stadtwelten bezeichnen.

Die Städte, die uns wichtig geworden sind, auch jene, in welchen wir nie waren und die uns dennoch durch empirisch unbewährtes Fühlen und Vorstellen angesprochen haben, tragen wir lebenslang als "Topoi" in unserem Bewusstsein, sie sind Konstitutiva unserer Lebensgeschichte. Ihnen begegnet zu sein, grundiert die innere Erfahrung nicht anders als die Begegnung mit Landschaften oder Personen.

Die Stadt, die mir nahe ist, erfüllt mithin die Funktionsstelle des *signifikanten Anderen*. Stadterfahrungen gehen zusammen mit lebensgeschichtlichen Stationen – der Kindheit und der ersten Liebe, des Studiums und des Berufs, der Trennungen und der Abschiede. Sie tragen dazu bei, dass unser Lebensbild konkret wird. Abstrakt betrachtet, könnten wir überall geboren und aufgewachsen sein. Faktisch aber sind wir an bestimmte Orte gebunden – eine zufällige Bestimmtheit, der wir uns nicht entziehen können. Die Würfel, einmal gefallen, sind ein Zugefallenes, das nicht einfach ungeschehen zu machen ist – die Konstellation erhält sich, auch wenn wir fortgehen, und gerade dann, wenn wir vor ihr fliehen.

Die Stadt zeigt und erinnert sich dem ästhetischen Blick. Ihm sind Häuser, Plätze und Brunnen wichtig, materielle Gebilde, die in die Sinne fallen und die Sinne reagieren lassen – angelockt durch den Duft, abgeschreckt durch den Lärm, der Schritt verlangsamt durch das Monument, beschwingt durch die Allee mit dem Schloss als Zielpunkt. Der Blick kann flüchtig hingleiten über das, was gefällt, was unmittelbar ins Auge springt. Oder er kann, durch lebenslangen Umgang abgeschliffen, auf dem Unauffälligen ruhen, ja auf dem Hässlichen. Aber der ästhetische Blick ist wieder mit praktischen Erfahrungen verwoben. Das Bewusstsein leistet ja nicht nur die Synthesis von verschiedenen Stadtansichten – was es erinnert, sind die *Praxisstrukturen*, in die sein individueller Träger einbezogen war und ist. Die Stadt gibt sich nicht nur in Vorstellungsbildern, die

durch ein gedächtnisloses spontanes Anschauen sinnlicher Objekte repräsentiert werden, sondern sie ist dem eindringlichen Erinnern als ein Ensemble geistig-praktischer Beziehungen bestimmt.

Stadt als Subjekt von Vergesellschaftung

Die Stadt öffnet eine Vielzahl von Bühnen, auf denen das Leben seine Szenen spielt; Bühnen, die zu bestimmten Kommunikationsweisen anreizen, andere hemmen – und noch entschiedener: die die Welterfahrung der Spieler und damit ihre praktische Kompetenz mit-determinieren.

Das städtische Ensemble vermittelt dem Individuum die Möglichkeiten sozialer Identität, zieht es über die Schwelle des Privaten hinein ins Feld der gesellschaftlichen Chancen und Bedrohungen. Es weckt und sättigt die Neugier des Kindes, ideal nach dem Mass, das weder über- noch unterfordert, sondern nach und nach das objektiv Wichtige entbirgt: den Markt, das Rathaus und die Kirche – das Gebotene und das Verbotene, die Gassen, die man eigentlich nur mit geschlossenen Augen durchlaufen darf.

Das Kind beobachtet und fragt – und die Erzählungen der Eltern und anderer Gewährsleute machen ihm verständlich, wozu diese und jene Dinge da sind und warum Menschen sich so oder anders verhalten; Geschichten, die nicht nur erzählen, was in der Stadt passiert, sondern die auch über sie selbst, was ihr einst und jetzt an Gutem und Bösem widerfahren ist, in Kenntnis setzen; Geschichten, die aus individueller Perspektive Geschick und Aktivitäten eines sozialen Ganzen erinnern: die Nacht, in der unser Haus mit allen anderen in Flammen unterging.

Durch Schule und Lehre wird der heranwachsende Mensch darauf vorbereitet, als selbstverantwortliches Subjekt einen Beruf auszuüben. Institutionen von höherem Allgemeingrad bestimmen das Individuum, seine familialen und städtischen Basiserfahrungen erneut zu transzendieren. Das Individuum lernt, dass zu seinem Selbstbewusstsein auch die Selbstverallgemeinerung gehört, das Sicheinfügen in Allgemainsstrukturen, für welche die materielle Situiertheit des Ortes und der Individualität ein verschwindendes Moment ist. Dennoch währt die ursprüngliche Erfahrung der städtischen Sozialisation im individuellen Selbstbewusstsein, wird zum Gegengewicht der Stadt und Individuum widerfahrenden Alienationen.

Wer nach langer Abwesenheit und aus weiter Ferne in die Stadt, die ihm Heimat war, zurückkehrt, dem geht die Veränderung sowohl der eigenen Lebensperspektive als auch der städtischen Strukturen auf. Wenigstens sie mochte er für beständig gehalten haben. Aber die Stadt wie der Einzelne durchbrechen ihre zirkulären Selbstvermittlungen, sind neuen Situationen ausgesetzt und bringen selbst neue Identitäten hervor. Oft bleiben nicht einmal auch nur geringe materielle Spuren, durch die angeregt das Erinnern seine Bilder entfalten könnte. Der einst vertraute Ort wird zum Irgendwo, das nun für andere Menschen von Bedeutung ist, in dem ich aber nichts mehr verloren habe. So wird die Stadt Zeugin ihres und meines Werdens und unserer Vergänglichkeit.

Städtische Organisation technischer und politischer Systeme

Zum Stadtbegriff gehört, dass er ein "Mehr" bezeichnet im Verhältnis zu dem, was die begrenzte Lebenserfahrung eines Individuums erfassen, was sein Sprechen und Tun verfügbar bestimmen kann. Meine Praxis ist ebenso in das städtische Getriebe involviert, als dieses sich ihr im Ganzen entzieht. Aber so verhält es sich auch mit der Praxis aller anderen Stadtbewohner. Für das individuelle Bewusstsein bleibt die Stadt undurchschaubar.

Meine Praxis vollzieht sich in Interaktion mit der Praxis anderer Menschen. Charakteristikum des Städtischen ist die Dichte der Interaktionsmöglichkeiten im Vergleich mit denen auf dem Lande, schon durch die grosse Zahl an Menschen, die sich ständig über den Weg laufen. Aber es ist klar, dass nicht alle Stadtbewohner miteinander tatsächlich durch direkte Kommunikationen verbunden sind. Die Chance zur allseitigen Kommunikation ist nicht realisierbar. Sie muss vom Individuum negiert werden, weil es sonst seine rational sinnhaltigen Vorhaben nicht ins Werk setzen könnte. Der Reiz, in Kommunikationen zu treten, muss permanent negiert werden. Das gibt der Stadterfahrung eine schmerzlich aufregende Tönung – zu gemeinsamen Lebensgeschichten aufgefordert zu sein, die doch niemals ausgelebt werden können. Gegen das Interessenehmen am andern Menschen wehrt sich das Bewusstsein, indem es sich von vornherein den Kontakt mit den konkreten Anderen verbietet, vom konkreten Dasein des Anderen abstrahiert, sich zu ihm durch die Filter von Allgemeinbegriffen auf Distanz bringt. Die Menschen sind gehalten, einander nicht fremd – also Aufmerksamkeit erregend –, sondern gleichgültig zu sein. Man muss sich mindestens den Anschein geben, als ob man mit den andern Menschen, die man auf der Strasse trifft, nichts zu tun haben will. Dann geht man mit städtischer Sitte konform: das stillschweigende Einverständnis, den Mitmenschen nicht zu behelligen. Das bedeutet einen Verlust an Nähe und Geborgenheit, wie sie einst die ländliche Lebensform gewährte, aber auch eine Zunahme an individueller Freiheit, eben nur jene Kommunikationen aufzunehmen, zu welchen ich mich entschlossen habe – eine Freiheitsentscheidung, die auch von den anderen Individuen akzeptiert wird. Die Wahl aber ist abhängig vom Zufall gegenseitiger Kommunikationsbereitschaft.

Jenseits des zufälligen Begegnens von einzelnen Individuen gibt es freilich die festgefügtten, objektiven Interaktionspläne, in welche die individuellen Aktivitäten normalerweise integriert sind. Die Stadt ist ein materieller Ort, an dem sich die verschiedensten Sorten sozialer Kommunikation konzentrieren, Kommunikationen, die zueinander wieder in verschiedenster Beziehung stehen: der Trennung, der Indifferenz, der Synthese. Kommunikationsströme passieren einander, ohne sich zu verhaken – auf der städtischen Strasse grüssen sich Unbekannte nicht, wohl auf dem Land –, sie verzweigen sich zu ihren spezifischen Zielen, den "Stätten" der Arbeit und des Vergnügens, des Öffentlichen und des Privaten. Die verschiedenen Kommunikationsprogramme finden in spezifischen materiellen Ensembles ihren objektiven Ausdruck; sie sind gleichsam ihre Kanalisierung, ihre Zusammenführung und Entwirrung.

Nach dieser Seite ist die Stadt ein Konglomerat von Apparaturen, geschaffen, die gesellschaftliche Selbsterhaltung zu vollziehen, ein Ensemble von Einrichtungen, die der materiellen und geistigen Produktion und Konsumtion dienlich sind. Die praktischen Intentionen und Interaktionen der Individuen sind ermöglicht und determiniert durch die gesellschaftliche Praxis, deren reale Möglichkeiten sich in den objektiven Produktionsformen sedimentieren.

Die Stadt ist der Ort und das Geschehen des ständigen Umbaus der materiellen Lebensinstrumente, ihrer Konstruktionen und Dekonstruktionen, des Verfalls und Abrisses, des Ausuferns und Neuaufbaus. Jede Generation ihrer Bewohner ist hereingenommen in die von den vergangenen Generationen überlassenen Ordnungen, die zwangsläufig übernommen und dann zum eigenen Bedarf eingerichtet werden müssen. Die produzierten materiellen und geistigen Apparaturen überdauern ihre Produzenten: die Wohn- und Amtshäuser, die Kirchen und Spitäler, die Strassen, die Einrichtungen für Licht und Wasser, die Friedhöfe und Schlachthöfe. All dies wird aus der Notwendigkeit des Zusammenlebens vieler Menschen an einem begrenzten Ort erfunden, die Qualität des Lebens wird durch seine Quantität hervorgerufen. Die Stadtorganisation reagiert konstant auf Grundbedürfnisse, deren gesellschaftliche Interpretation freilich geschichtlich variiert und entsprechend einen Wandel der Organisationsweisen mit sich zieht.

Auflösung der städtischen Gemeinschaft: Kritischer Anspruch der Idee des Guten Lebens

Wieweit findet die Produktionsweise der Moderne in der Stadt ihren Ausdruck? Welche Konsequenzen hat die Teilung der gesellschaftlichen Arbeit in funktional differenzierte Subsysteme für das städtische Leben? Zunächst, die Division der Arbeit ist unabdingbar, wenn es gilt, die Konsumbedürfnisse von Menschenmassen zu befriedigen. Sie erlaubt die Steigerung der Produktion durch rational gezielten Einsatz technischer Mittel. So wird die Stadt zum Ort der Massenproduktion. Die Systeme der Industrie, des Dienstleistungssektors, der Verwaltung, des Gesundheitswesens und der Schule sind die sozialen Organisationsformen, für welche der Massenmensch tätig ist und durch welche er sein Dasein sichert. Durch seine Produktionskraft wie auch durch seine Konsumtion ist er von ihnen abhängig.

Die Lebensbewegungen der vielen Individuen, denen immer weniger die öffentliche Chance relevanter selbstexpressiver Kommunikation zugestanden ist, erfahren nun objektive Gegenkräfte, die sie umbiegen und in ihre Richtung drängen und vereinheitlichen. Jetzt gewinnen die technologischen Kommunikationsmuster Dominanz. Der Produktionsablauf der kollektiven, sachlich rationalen Ziele wird aus der Erlebniswelt des Stadtagtags ausgegliedert, wird in vielen Phasen unsichtbar und unbegreiflich. Menschen verschwinden hinter den Toren von Fabriken und Büros – initiieren Wirkungen, die translokal sind, die den Ort ihrer Entstehung nicht betreffen. Die Stadt zeigt sich jetzt als Moment umfassenderer rationaler Strukturen, der nationalen und globalen Wirtschaft und Politik. So entsteht in den zentrierten Produktionssystemen selbst die Tendenz zur Dezentralisierung – in dieser Hinsicht ist die Stadt keine in sich stehende individuelle Sinneinheit.

Freilich nicht alle Produktionssysteme wirken entschieden von der Stadt nach aussen, für den Export, sondern auch für den eigenstädtischen Bedarf wird produziert. Der Bäcker und seine Kunden können sich nah erleben und als Personen wahrnehmen. Aber weitaus häufiger sind die Filialen der Brotfabrik – Verkaufssysteme trennen die Hersteller der Ware und ihre Konsumenten. Und die nette Verkäuferin, mit der wir noch gestern freundlich plauderten? Sie ist nicht gestorben, sondern versetzt oder gekündigt, hat ihre Rolle ausgespielt.

In der Welt der formalisierten Beziehungen fällt es den Individuen schwer, die Orientierung ihres Lebenssinns zu finden. Die innerbetrieblichen Kommunikationen erweitern sich nicht zu solchen der bürgerlichen und politischen Gemeinde. Sie thematisieren Zie-

medien heft

le, die mit der konkreten Lebensproblematik der Arbeiter und Angestellten, mit ihrer individuellen Persönlichkeit und ihren sozialen Geschicken wenigstens scheinbar nichts zu tun haben. Weil seine Produkte ihm nicht anschaulich und greifbar sind, und es von seinem blossen Arbeiten absorbiert ist, kann das Individuum die Stadt nur noch als Kulisse seiner Tätigkeit begreifen. Sie ist nicht der Ort der Identitätsfindung und Identitätsbewahrung. Das moderne Individuum hat keine erfüllte bürgerliche Identität. Neben der Arbeit bleibt ihm nur der Rückzug auf den privaten Bereich, der sich wieder hinter den Türen der Apartments und Einfamilienhäuser abspielt. Das öffentliche Leben reduziert sich auf die Kreuzung der Verkehrswege vom Betrieb zur Wohnung und zurück.

Die objektive Stadtidentität kann als individuelle Einheit und Synthesis ihrer besonderen Momente nur noch durch Inszenierung behauptet werden. Sie wird als touristische Attraktion erzeugt und vermarktet. Die Einwohner werden sich selbst als Touristen vorgeführt, wieder als Privatleute, die zu einem "Event" zusammenlaufen, das für keinen von ihnen Lebensbedeutung hat. Das Festival ist ja kein Zeichen für gemeinsam bestandene Geschicke, keine Erneuerung des Gründungsmythos.

Die Verödung des Stadtlebens hat folglich zum einen mit den Produktionssystemen zu tun, die gegenüber dem historischen Ort und der historischen Zeit gleichgültig sind, zum anderen – als Konsequenz – mit der Privatisierung der individuellen Lebensführung. Sich auf dem Marktplatz zu treffen, um Geschäfte abzuschliessen und die öffentlichen Angelegenheiten zu erörtern, dazu besteht für niemanden Veranlassung. Muss die Idee der Stadt als politischer Gemeinschaft darum aufgegeben werden? Lässt sich nicht doch verteidigen, dass die Stadt – nach allen Funktionsverlusten, die ihr die Moderne zugemutet hat – doch eine bleibende politische und humane Aufgabe zu erfüllen hat?

Muss man nicht die Rede von der Entpolitisierung der Stadt in ein umfassenderes Politikverständnis aufheben? Lässt sich die Bürgerschaft zwar nicht neben, aber in den Produktionssystemen erneuern? Eine positive Antwort würde implizieren, dass neben den instrumentell gebundenen Kommunikationen Spielräume freier Sinnthematizierung bestehen oder zugelassen werden. Sie vorausgesetzt würde es möglich, Systemzwänge von innen her zu relativieren und negative Systemfolgen zu begreifen. Systemdefizite zu benennen heisst anders gewendet, Massstäbe eines besseren Lebens vorzuschlagen, Massstäbe, die auf Sachkompetenz und Leidenskompetenz gegründet sind. Dieses wie immer bescheidene Transzendieren nimmt auf die "Idee guten Lebens" Bezug. Diese Idee lässt sich ins Universale wenden – und dann ist sie das letzte Mass, der letzte Zweck aller Produktionssysteme; und sie lässt sich ebenso auf das Lokale konzentrieren, eben auf die Stadt als jener Ort, an welchem sich die Produktionssysteme dicht überlagern. Der Bezug auf das gute Leben wird dann den Systemen nicht äusserlich, durch blanke Gesinnung, von aussen aufgesetzt; vielmehr zeigt er sich ihnen als empirische Realität und deren bessere Möglichkeit immanent. Freilich zunächst nur in der fragmentierten und je isolierten Form der gegeneinander indifferenten Systemverläufe. Verlangt wäre mithin eine ethische Reflexion, die die gegebenen Systemzustände auf den funktionalen Sinn des Systems hin bezieht und relativiert und die verschiedenen Systeme reflexiv in ihren Verhältnissen zueinander begreift.

Der funktionale Sinn eines Systems gibt Antwort auf die Frage, wozu es denn überhaupt dem Menschen dienlich ist. Recht und Politik, Arbeit und Freizeit, Markt und Privatleben sind Organisationsformen, die menschliche Bedürfnisse erfüllen. Die Stadt ist das Ensemble dieser Organisationsformen, die Objektivität, die das Gesamt der menschlichen Bedürfnisbefriedigung zum Ausdruck bringt. Das Zusammenwohnen vieler Menschen

ist allein schon eine Tatsache, die Erfindungszwang und Technik provoziert wie bei der Bereitstellung von Nahrung, von hygienischen Einrichtungen oder bei der Organisation des Verkehrs.

Die Weise der Bedürfnisbefriedigung ist qualitativ verschieden und auf Fortschritt ausgerichtet. Das als "besser" Erfahrene hebt die bisherigen Vermittlungen auf. Eine gelungene Vermittlung zeigt sich an ihrem unproblematischen Funktionieren; wenn sie völlig zur Gewohnheit geworden ist, wird die menschliche Praxis frei, sich neuen Erfahrungsmöglichkeiten zu öffnen, Bedürfnisse zu entdecken, sich zu differenzieren und zu verfeinern. In der Stadt beschleunigen sich diese Prozesse, herausgefordert durch die wirtschaftliche Konkurrenz. So ist sie der Ort des materiellen Luxus, der sich ständig zu überbieten sucht. Luxusgüter sind teuer, in ihren Genuss kommt nur, wer sie bezahlen kann, wer sich durch seine Kaufkraft von anderen distinguert. Die Arbeiterquartiere des 19. Jahrhunderts unterscheiden sich noch heute evident von den Villen der Fabrikherren. Der Gegensatz von reichen und armen sozialen Schichten, von Oberstadt und Unterstadt, gehört wohl zu den Grundkategorien einer Hermeneutik des Städtischen. Denn wo die betreffenden Güter den Charakter des Exquisiten verloren haben, wenn sie billig und zu Massenartikeln geworden sind, entstehen wieder neue Unterschiede, neue soziale Exklusionen.

Der Grundplan schafft lediglich die Rahmenbedingungen für soziale Vielfalt und auch für Gegensätze. Das materielle Gesamtprodukt lässt Spielraum für ungleiche Verteilung, für eine bestimmte Interpretation sozialer Gerechtigkeit. In die technische Planung, die gewährleistet, dass Menschen überhaupt zusammenleben können, ist der praktische Plan verwoben, in welchem Verhältnis zueinander sie das tun. Die technische Planung vollzieht sich unter Voraussetzung der geltenden ökonomischen, rechtlichen und politischen Ordnung, sie stellt deren Vernünftigkeit nicht in Frage. Die technische Lösung der Stadt ist Ausdruck objektiver Interessen- und Machtverhältnisse, deren womöglich "schlecht" Einrichtung erst post factum erfahren werden kann, dann nämlich, wenn die Machtkonstellation als solche thematisierbar wird, wenn ein angemesseneres menschliches Wohnen vorstellbar, wünschbar und durchsetzbar erscheint. So werden in der Stadt sowohl technische wie politische Probleme ausgelebt und bewältigt. Ihre Entwicklung folgt der Dynamik des gesellschaftlichen Fortschritts – verstanden als bestimmte Antwort auf bestimmte Problemlagen und als ein Revidieren dieser Antworten. Revisionen sind notwendig, weil gegebene Vermittlungen ihrerseits wieder Folgeprobleme aufwerfen. So bedeutet beispielsweise die Individualisierung des Verkehrs ein Zugewinn an Freiheit, dessen negative Folgen durch eine angestrenzte Verkehrs- und Umweltpolitik gebändigt wird; oder: die Chancen individuellen Wohnens führen zu einem Verlust städtischer Mitten, zu einer Zersiedelung des Umlandes.

Jede der besonderen Strukturen hat eine eigensinnige Entwicklung, aber ebenso berühren sie einander – die Veränderung in der einen Struktur löst Resonanzen in den anderen aus. Jede Struktur nimmt die anderen zunächst nur aus der eigenen Perspektive wahr. Die Eigenrationalität führt das Nichtverstehen des Anderen korrelativ mit sich. Das Stadtgeschehen ist ebenso rational wie irrational. Es ist diese Mischung, die die Ordnung des Stadtlebens zu einer unendlichen Aufgabe bestimmt.

Was kann die ethische Reflexion im Kräftespiel dieser Strukturdynamiken leisten? Es ist klar, dass sie nur in den je besonderen Strukturen ihren Stand nehmen kann. In ihnen hat sie die Aufgabe, sie an ihre Grundbestimmung, Mittel zum Zweck des guten Lebens zu sein, zu erinnern. Insofern sucht sie den Begriff des Menschen inhaltlich zu füllen.

Neben der Verdeutlichung der verschiedenen Systemziele – also des Heterotopen und Heterogenen – bringt sie in den Begriff des Guten Lebens eine utopische Komponente ein: den Begriff der geglückten interstrukturellen Vermittlung. Sein und Sollen sind aufeinander zirkulär bezogen, beide Begriffspole erläutern sich wechselseitig. Der utopische Stadtbegriff ist das kritische Regulativ, an dem die Ist-Bestände gemessen werden. Das regulative Ideal aber erhält sein argumentatives Gewicht, weil es von den wie immer partikularen geglückten Lebensformen, ihren Realitäten und realen Möglichkeiten her komponiert ist. Weil die ethische Reflexion selbst immer eine perspektivisch gebundene ist, wird natürlich auch das "Ideal der Zukunft" immer einseitig gespiegelt. Weil sie sich aber selbst als relativ reflektiert, kann sie sich frei anderen ethischen Reflexionen zuwenden und sich ihren mannigfaltigen Aufbrüchen anschliessen, mitteilen und durch sie erweitern.

Die sachrationale Einigungsform städtischer Administration

Sinnlich erfahrbar war die Grenze der Stadteinheit einst durch Graben, Wall und Tor. Sie umschrieb sich selbst im Gegensatz zum Land. Die Grenze ist durchlässig – für die Tauschbeziehungen, für die Eigentumsverhältnisse, aber auch für die Lebensweise, wovon die ländlich geprägte Kleinstadt bis in unser Jahrhundert Zeugnis gibt. Das Städtische hat sich immer gegen eine Umwelt zu behaupten, und was als Fremdes eindringt und bleibt hat es zu assimilieren und zu kultivieren. Das scheint die Bedingung dafür zu sein, dass die Stadt selbst an den gesamtgesellschaftlichen Fortschrittmöglichkeiten teilnehmen kann. Sie kann vom Land festgehalten werden; aber auch von der Übermacht eines Fürsten, für den sie nur Teil seines Hauswesens war. Kann hier die Stadt nicht prosperieren, so wird sie im anderen Extrem über sich hinausgetragen und zersetzt durch die raumgreifenden Industrien, die aus ihrer Mitte – dem unternehmenden Bürgertum – entstanden sind. Das Städtische ist also einmal Entfaltung, die gehemmt werden kann, und es ist Integrationsleistung, die überfordern kann. Die Balance zwischen Innenraum und Aussenraum muss ständig neu hergestellt werden. Die Stadt definiert sich in geschichtlichen Prozessen. Diese Prozesse sind ebenso von Zufällen und Geschicken, wie von rationalen Eingriffen und Kontrollen bestimmt. Die Stadt gerät in unvorhergesehene Lagen, die teils von aussen, teils von innen induziert sind. Ist die Kontrolle zu stark, erstarrt das bürgerliche Leben, ist sie zu schwach, löst es sich in divergierende Interessen auf. Die Aufgabe der Balancebewahrung wiederholt sich auch im Innern des Systems als Bindung sowohl der subjektiven Interessen wie auch als ihre Freigabe. Stadtidentität bildet sich im Widerstand nach aussen, sie bildet sich ebenso in der inneren Einigung ihrer Momente. Auf welchen Ebenen kann diese innere Integration beschrieben werden? Was macht das einigende Band zwischen den Individuen aus? Was sind die inneren Widerstände, und was die äusseren?

In der Stadt kommt das Gefüge der differenzierten gesellschaftlichen Subsysteme und ihrer Vernetzungen zum Ausdruck. Im städtischen Raum interagieren nicht nur Individuen, und es sind nicht nur deren Wohnungen, die zufällig nebeneinander liegen, sondern es sind durchgreifende gesellschaftliche Interessen, aus deren Zusammen- und Gegenspiel die Stadt gleichsam als Sekundärprodukt entsteht. Hinter der Stadterscheinung steht eine bestimmte gesellschaftliche Produktionsweise, die als objektives Allgemeines den Individuen eine bestimmte Lebensform auferlegt – eine Struktur von gegenseitigen Abhängigkeiten, in denen keine Funktion ohne die anderen sein kann. Eine Fabrik braucht Arbeiter, die in ihrer Nähe siedeln. Sie zieht Menschen an, indem sie ihnen eine Chance materiellen Überlebens gibt. Diese arbeiten nicht nur zusammen, sondern müssen ihr gesamtes Le-

ben unter den von der Fabrik definierten Bedingungen verbringen. Die materielle Produktion bestimmt die Form des sozialen Miteinanders, indem sie zu weiteren sekundären Produktionen, den Dienstleistungen, Anlass gibt. Gut oder schlecht, es wird umfassend für die Reproduktionsmöglichkeiten der Arbeiter gesorgt.

Die innere Einigung der Stadt leistet die Administration. Sie unternimmt seit dem 19. Jahrhundert die technische Aufgabe ihrer Gliederung in Funktionsbereiche sowie den Aufbau und den Unterhalt der Infrastruktur wie die Versorgung mit Strassen, Wasser, Elektrizität und Gas. Freilich wird man nicht sagen können, dass Städte in früherer Zeit wild gewachsen wären. Auch da gab es Bauordnungen. Vielleicht sollte man besser von einer Neugliederung sprechen, die die Errungenschaften des technischen Fortschritts bewusst einsetzt und die sozialen Herausforderungen der Industrie zweckrational wiederum mit industriellen Mitteln beantwortet. Die Trennung der Bereiche von Wohnen und Arbeit etwa ist ohne den Einsatz moderner Verkehrsmittel wie der Stadtbahnen in den Metropolen nicht denkbar.

Sind die modernen Produktionen arbeitsteilig, so wird diese Trennung in den Konsumbedürfnissen der an einem Ort agglomerierten Menschen wieder aufgehoben. Die Stadt ist der Kreuzungspunkt der verschiedenen sich gegenseitig anregenden Produktionen – sie ist der Ort der Kommunikation des Handels, der Politik, der Bildung. Die städtische Verwaltung gibt diesen Kommunikationen die äussere Ordnung, in deren Rahmen sie sich vollziehen können. Nicht den Subsystemen, sondern dem Ort, an dem sie aufeinander stossen, gilt ihre Sorge. Ihn sucht sie zu stabilisieren und zu entwickeln. Insofern ist die städtische Verwaltung – die ja selbst keinem partikularen Interesse nachgeben sollte – an verallgemeinerbaren Interessen orientiert, an der Erhaltung und Hebung der Qualität von Lebensbedingungen der Menschen, die im städtischen Raum koexistieren. Die Verwaltung kann die Stadt nicht machen, aber es ist ihre Funktion, sie zu kultivieren.

Die ethische Einigungsform reflexiver Öffentlichkeit

Die Stadt ist Struktur von Strukturen, von Einheit und Differenz. Sie bindet die Dynamik ihrer Momente, durch die sie zugleich verwandelt wird. Sie ist der objektive Ausdruck des Fortschritts der Gesellschaft und ihrer Selbststabilisierung, der in vielfache Tätigkeiten aufgefächerten gesellschaftlichen Produktion und ihrer aus vielfachen Reflexionen sich versammelnden gesellschaftlichen Reflexion. Derart ist sie keine selbständige und selbstmächtige Einheit.

Die Form, in der sich die sozialen Aktivitäten mit ihren inhaltlichen Zielen vollziehen, wird zusammen mit ihnen – teils gezielt, teils ungezielt – produziert. Zwar ist nicht jede Produktionsweise notwendig an die Stadtstruktur geknüpft; aber die Stadtstruktur kann sich nur erhalten, solange sie für bestimmte Produktionszweige von Interesse ist. Das Haus, in dem Menschen praktisch und technisch tätig sind, muss selbst durch Praxis und Technik instand gehalten werden.

Die Stadt als materieller Ort wird geformt durch Arbeiten und Unternehmungen, die *in* der Stadt vollzogen werden, ebenso durch Arbeiten, die *für* die Stadt aufgewendet werden. Ihr individueller Charakter ergibt sich als Mischung von Notwendigkeiten, Zufällen und Planungen, indem die Akte der Entfaltung und Zusammenführung sich in geschichtlicher Progression übereinanderschichten, unbrauchbar Gewordenes ausscheiden und neue Ansprüche integrieren.

Die städtische Verwaltung ist selbst das Produkt der funktionalen Differenzierung, die als Subsystem neben anderen Hilfestellung leistet für den intersystemischen Verkehr. Ihre Leistung ist eine der Sozialtechnologie: Was ist von aussen zu tun, damit die divergierenden Interessen, die sich im Stadtraum geltend machen, wenigstens zum Minimalkonsens gelangen können? Die jeweilige Stadtidentität wird für die städtische Verwaltung nur nach dem unterschiedlichen Quantum und dem unterschiedlichen Komplexitätsgrad sachrational abzuarbeitender Aufgaben relevant. Aus ihrem Gesichtspunkt kann die Stadteinheit kein individuelles Wesen haben – jede ist der anderen gleich.

Die Stadt als Gemeinwesen dagegen wäre das objektive Symbol ihrer Strukturen, wie sie durch ihre Bewohner als öffentlichkeitsfähige Personen, als Bürger repräsentiert wird. Diese Repräsentation ist allerdings nicht einfach als gegeben vorauszusetzen. Die moderne Gesellschaft hat die Individuen mehr und mehr aus ihren objektiven Repräsentationspflichten entlassen. Der Einzelne mag zwar öffentliche Orte besuchen – das Theater, die Kirche und das Stadion – aber er bleibt an ihnen nur privater Konsument des Angebotenen, ist nicht mehr unter dem Zwang der Sitte, seinen Status als Mitglied der Kommune darzustellen. Jedes Individuum bleibt für sich und anonym und nimmt entsprechend auch sein Gegenüber nur wahr als Mensch überhaupt, nicht durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft ausgewiesen. Dort, wo das Individuum aus seinen funktionalen Berufsverpflichtungen freigesetzt ist, ist es seiner unsozialen und darum selbstverschlossenen Expressivität überlassen, der niemand auch nur die geringste Beachtung schenkt. Die Verbindung zu den Mitmenschen jenseits des intimen Lebenskreises ist eben eine quasi-vertraglich geregelte und keine inhaltlich gefüllte, keine, in der sich individuelles Engagement und soziale Verpflichtung von vornweg treffen würden. Eine persönliche Beziehung zur Stadtgemeinde auf öffentlicher Ebene ist eine ebenso abstrakte Vorstellung wie eine solche zum Staat.

Dennoch zwingt die funktionale Differenzierung die Individuen nicht notwendig in die Haltung der Isolation und der stadtpolitischen Abstinenz. Die Reflexion auf das soziale Ganze schwingt unausdrücklich in den in Berufskontexten geführten Reden mit. Wie immer fragmentarisch und flüchtig angedeutet bildet sie den Horizont, in dem die besonderen Vorhaben interpretativ vermittelt werden, auf die Vorhaben anderer Individuen und Gruppen in der mittleren Reichweite des Stadtraums. Mehr oder minder deutlich weiss jedes Subjekt um die Fülle der sozialen Beziehungen, in welche seine Aktionen eingewoben sind. Um ihre Ziele zu verwirklichen, muss jede Praxis auf andere Praxen Rücksicht nehmen und sich in ihr Ensemble einpassen. Soweit für sie von Belang, wissen die Akteure, was in der Stadt vor sich geht und nehmen daran Interesse: die faktischen Konkurrenzen und Allianzen sind in ihrem Wissen repräsentiert, ebenso wie die Vorhaben und Aktivitäten der Verwaltung. So wird das Stadtganze in den Perspektiven der interessierten Parteien und ihren diskursiven Auseinandersetzungen repräsentiert. Hier geht es durchaus um die Durchsetzung von Macht, die aber zum Kompromiss genötigt sich wenigstens einigermaßen allgemeinverträglich gestalten muss. Macht und Gegenmacht lavieren sich in die Lage, das Gesamtwohl in ihr Kalkül mit aufzunehmen.

Städtische Repräsentation in der Gestaltungsvielfalt ethischer Diskurse

Öffentlichkeit hätte in der modernen Stadt keinen materiell klar fixierbaren Ort, der eindeutig von den Privat- und Geschäftsbereichen abzugrenzen wäre. Sie würde sich vielmehr in den inner- und zwischensystemischen Kontakten immer dann ergeben, wenn

medien heft

die besonderen Kommunikationen der politischen, ökonomischen und administrativen Eliten Folgen und Nebenfolgen ihres Tuns auf das Gesamt der Stadt berücksichtigen müssen. Die Dimension Öffentlichkeit wird in Konfliktlagen beansprucht. In der Auseinandersetzung werden die Individuen zu interessierten Bürgern, die vor anderen Bürgern ihre Absichten erklären und über ihr Tun Rechenschaft abzulegen gezwungen sind. Die Einheit der Stadt konstituiert sich in den Öffnungen, die der Streit ermöglicht, in den verschiedenen Lebensbereichen und ihren Überschneidungen. Konflikte gewinnen über die internen Öffentlichkeiten hinaus an Aussenwirkung, je mehr Einwohner spürbare Nachteile einer systemintern vorbereiteten Entscheidung zu erwarten haben – das Konfliktthema verbreitert sich dann zum Stadtgespräch. Eine Resonanz, die zur Politisierung der nächstbetroffenen Gruppen führen kann, über deren Köpfe gemeinhin wegentschieden wird. Aber auch die Bürgerbewegung von unten ist eine Partei neben anderen, sie repräsentiert ein Interesse und nicht das soziale Ganze.

Demnach ist der objektiv allgemeine Zweck des städtischen Ganzen in viele Zielrichtungen aufgefächert und darum nicht eindeutig und kontinuierlich von einer Instanz oder auf einer Handlungsebene zu repräsentieren. Die stadtpolitische Praxis hat die Stadt nicht in der Hand. Sie ist nicht beherrschbar, immer nur dieses oder jenes Problemfeld lässt sich modellieren. Nun gibt es freilich eine Institution, deren Bestimmung es ist, die verschiedenen Lebenswelten miteinander bekannt zu machen, einander zu Gesicht zu bringen. Der *Journalismus* hat die Funktion, dem realen Ganzen der Stadt Tag für Tag sein Selbstbild vorzuhalten, das Besondere in Allgemeinvorstellungen zu integrieren und dieses wieder dem Besonderen mitzuteilen. Der Journalist, der dieser Aufgabe gerecht zu werden sucht, ist nicht einfach Lokalberichterstatler, der platt ein Faktum an das andere reiht, solange, bis die Spalten oder die Sendezeit gefüllt sind. Als Beobachter zweiter Ordnung, der sich in fremde Situationen versetzen kann, ohne in ihnen engagiert zu sein, besteht sein berufsethisch vorprogrammiertes Interesse darin, den Sinn des Alltagsgetriebes zu erfassen, durch Selektion zu enttrivialisieren und in stimmige Geschichten zu übersetzen.

Der Journalismus hebt das bloss Faktische ins Exemplarische – gewiss von unterschiedlicher Intensität und Dauer. Die exemplarischen Erzählungen verweisen auf die an sich ungreifbare Mitte der Stadt als einem individuellen Allgemeinen. Sie geben Antwort auf das Wo und Wie menschlichen Zusammenlebens. Ist für die individuelle Selbsterzählung die Stadt der Inhalt ihres Formens und ihrer Reflexion, so verfährt das journalistische Konstruieren gleichsam umgekehrt – die Stadtidentität gilt als Erstes, das sich aus und gegen die individuellen Produktionen mit differenziertem Sinn erfüllt. Der Journalist beschreibt präzise die Fließgestalten der Oberflächen des gesellschaftlichen Lebens. Er verzichtet auf die grossen Erzählungen der Dichter; er informiert jeden, der des Lesens, Hörens und Sehens mächtig ist. Sein Angebot ist für den Alltagsgebrauch bestimmt, das Werden bewahrend und freigebend zugleich. Er diktiert den Menschen in der Stadt nicht, wie sie leben sollen, aber er regt an, durch Kritik und Kommentar, das Niveau und die Ziele der je besonderen Praxis an der Idee gemeinschaftlicher Praxis zu prüfen. Gleichwohl beschränkt er die objektive Einheit der Bürger nicht auf die Kommune, sofern er deren Gewordensein und Werden nochmals in mannigfach gerichteten Erzählungen in Relation setzt zu überkommunalen Strukturen und Ereignissen, wie sie auf die Stadt wirken und von ihr Gegenwirkungen erfahren, vom Erleiden bis hin zum kraftvollen Agieren. Dann wird die Stadterzählung für ihn und seine Adressaten zu einer Stufe des Verstehens der gesellschaftlichen Welt, in der jedes Ich seine eigene individuelle Rolle, aber auch ihr zugehörig die Rolle des Stadtbürgers und Weltbürgers zu tragen hat.

medien heft

Gerhard Droesser, M.A., Dr. phil., Dr. theol. habil., Ordinarius für Christliche Sozialwissenschaft an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Würzburg. Forschungsschwerpunkte: Anthropologie des Ethischen, Politische Ethik, Interkulturelle Ethik, Bereiche der Angewandten Ethik.

Literatur:

Hoffmann-Axthelm, Dieter (1993): Die dritte Stadt. Frankfurt/M..

Ronneberger, Klaus et al. (1999): Die Stadt als Beute. Bonn.

Sennett, Richard (1994): Fleisch und Stein. Berlin.

Simmel, Georg (1957): Die Grossstädte und das Geistesleben (1903). In: Landmann, M. (Hrsg.): Brücke und Tür, Essays. Stuttgart, 227-242.

Kathedralen und Topfkollekten

Religiöse Präsenz in der urbanen Welt

Urs Meier

Modernes Leben ist urban geprägt. Mobilität, Kommunikation und Konsum sind Kennzeichen einer städtischen Lebensweise, die nicht nur in Citys, sondern auch in Agglomerationen und den wenigen verbliebenen ländlichen Gegenden vorherrscht. In dieser urbanen Kultur haben die traditionellen Grosskirchen eine Randposition. Einzelne erfolgreiche Versuche der kirchlichen Adaptierung an die Welt der Stadt sind Ausnahmen geblieben. In ihrer Struktur sind die Kirchen ländlich orientiert. Sie lernen erst allmählich eine systematische öffentliche Präsenz aufzubauen, die den urbanen Kommunikationsweisen entspricht.

Seit der Gründung der ersten Stadsiedlungen vor fünftausend Jahren im Vorderen Orient war urbanes Leben immer ein Motor der kulturellen Entwicklung. Die Bildung von Städten setzte geschichtsmächtige Kräfte frei. Arbeitsteilung und Handel sind genuin städtische Entwicklungen und ermöglichten sowohl die Akkumulierung von Besitz und Macht wie die allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse. Differenzierte gesellschaftliche Systeme und ausgedehnte staatliche Herrschaftsräume basierten auf der kulturellen Dynamik und wirtschaftlichen Macht von Städten.

Diese Prozesse der Verdichtung von Ressourcen und der daraus entstehenden Anziehungs- und Strahlungskräfte bestimmten auch die religiöse Rolle der frühen Städte. Sie waren Zentren von Kulturen, die das Leben der Menschen und die geordnete Machtausübung einbanden in die natürlichen Kreisläufe und in den göttlich geschaffenen, das Chaos zurückdämmenden Kosmos. Die archaische Religion kann aus heutiger Sicht verstanden werden als eine kulturelle Technik der Kommunikation zwischen dem Greifbaren und dem Unbegreiflichen. Sie hielt das Ganze der Welt zusammen, und ein Zweifel an ihrer Wirksamkeit war nicht denkbar. Das Religiöse war dermassen alltäglich und seine Relevanz in einer Weise selbstverständlich, dass es nicht als isolierbarer Bestandteil von Kultur und Gesellschaft wahrnehmbar und demgemäss auch nicht kritisierbar war. Sein Stellenwert entsprach am ehesten dem der heutigen Medien: allgegenwärtig, umfassend, die Wahrnehmung lenkend, die Vorstellungen prägend, das Weltganze repräsentierend und einen globalen Lebensraum konstituierend. Nicht zufällig wird das Phänomen der Medienkommunikation immer wieder in Kategorien des Religiösen beschrieben, ja als dessen Transformation in die moderne Lebenswelt erkannt.

Ort der Freiheit

Wenn auch Städte so verschieden sind wie die Kulturen, denen sie zugehören, und wie die Epochen, in denen sie lebten, so gibt es doch Konstanten der Urbanität. Aus der Verdichtung von Kommunikation und wirtschaftlichem Handeln erzeugt die Stadt eine permanente Entwicklungsdynamik. Das Leben wird beschleunigt. Städte sind Orte der Eile. Sie treiben kulturelle Veränderungen voran, indem sie der Abweichung Raum geben. Urbanes Leben ist ein Labor gesellschaftlicher Entwürfe und Konflikte. Es gewährt Individuen und Gruppierungen ein erhöhtes Mass an Freiheit, wenn auch meist nicht freiwillig und nicht ohne Kampf und Streit. Je mehr die Möglichkeit des Abweichens genutzt wird, desto weiter fächert sich das Angebot von Meinungen, Weltanschauungen, Glau-

benshaltungen. Mit der Wahlfreiheit handeln sich die Menschen allerdings einen Zwang zur Entscheidung ein. Doch die Last der Autonomie war ihnen stets leichter als das Joch der Fremdbestimmung. Die Stadt ist der idealtypische Ort der aktiven und passiven Freiheit: denken und tun zu können, was man für richtig hält und sich zu nichts zwingen zu lassen. Mit der wachsenden Menge von Menschen, Kommunikationsströmen, Lebensmustern und Subkulturen entfällt zunehmend die soziale Kontrolle. In die Stadt kann man eintauchen, man kann anonym leben, Milieus und Szenen aussuchen und beweglich bleiben. Die Anonymität der Stadt wird immer wieder als Befreiung empfunden. Städte waren im Mittelalter Orte der (relativen) politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Seit der Aufklärung wurden sie auch zu Biotopen der freien, autonomen Person.

In wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern relativieren sich die Grenzen zwischen Stadt und Land. Durch die allgemeine Intensivierung der Wirtschafts- und Kommunikationsvorgänge breiten sich die Merkmale der urbanen Lebensweise immer weiter aus. Der ländliche Raum und erst recht die junge Siedlungs-Mischform der Agglomeration sind stark von städtischen Lebensmustern überformt. Solche Vermengungen durchdringen auch individuelle Verhaltensweisen, sodass es zur "Ungleichzeitigkeit" etwa von Arbeitswelt und Privatsphäre, von Medienkonsum und Dorfkultur, von nachgeahmten Lifestyles und propagierten Werten kommt.

Verstädtert und von tradierter Religion entfremdet

Im Mittelalter war die Kirche fest ins urbane Ensemble integriert. Sie hatte Teil am Wachstum und an der Vermehrung der Städte, an der Blüte von Kultur und Gelehrsamkeit und – nicht zuletzt dank dem Latein als *lingua franca* – an der intensiven Kommunikation und Vernetzung, die ganz Europa in eine geistige und wirtschaftliche "Globalität" integrierte. In den historischen Wandlungen von Neuzeit, Aufklärung, Industrialisierung, liberaler Revolution und Moderne vollzog sich eine fortschreitende Desintegration des Religiösen. Die Kirchen verloren den selbstverständlichen Platz mitten im sozialen Gefüge, indem es für die Menschen möglich wurde, ihre Beziehung zu den religiösen Bräuchen, Lehren und Autoritäten selbständig zu bestimmen. Urbane Optionenvielfalt lockerte die kirchlichen Zwänge. Durch die zunehmend praktizierte Religionsfreiheit löste sich das Band der kirchlichen Tradition, das bis in die Neuzeit die ständische Gesellschaft als Einheit zusammengehalten hatte. Mit dem Wegfall dieser religiösen Klammer war der Weg frei für die stürmischen Prozesse der Pluralisierung, die in der postmodernen Welt des *anything goes* ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben.

Der Zusammenhang von Urbanität und Entkirchlichung ist auch heute evident. Kirchenaustritte sind umso häufiger, je städtischer ein Gebiet geprägt ist. Und je deutlicher in ländlichen Lebensräumen die Elemente urbanen Lebens Einzug halten wie Mobilität, Mediennutzung und Konsumorientierung (alles im jeweils weitesten Sinn des Wortes), desto schwächer sind die traditionellen kirchlichen Bindungen. In den Kerngebieten grösserer Städte ist diese Entfremdung am grössten.

Städtische und ländliche Ideale

Aus der Perspektive der Anfänge wäre die Entkirchlichung der Städte eigentlich nicht zu erwarten. Das Christentum begann nämlich in der Antike als eine ausgesprochen urbane Religion. Es breitete sich entlang den Handelswegen im römischen Reich aus und

gewann Anhänger in den weltoffenen Mittelschichten der Handwerker, Händler und Beamten. Der *paganus*, im Wortsinn "der auf dem Land Lebende", wurde im kirchlichen Sprachgebrauch "der Nichtglaubende, der Heide". Auch im Mittelalter blieben die Städte Zentren des Glaubens, was mit dem Bau grosser Kirchen eindrücklich manifestiert wurde. Zwar waren auch die ländlichen Regionen mittlerweile christianisiert, doch so ganz vermochte die christliche Lehre sich gegen die alten Kulte und Mythen bei weitem nicht überall durchzusetzen. Vielmehr entwickelte sich vielerorts ein christlich verbrämter Synkretismus, in dem autochthone Religionen und handfester Aberglaube eine erhebliche Rolle spielten und von den kirchlichen Autoritäten oft mehr schlecht als recht im Zaum gehalten wurden.

Neuzeit und Aufklärung verliehen dem Stadtleben, wie bereits dargelegt, neue Qualitäten. Städte waren nun eher Synonyme der Entdeckung, der Neuerung, der forschenden Wissenschaft und der autonomen Person als der wahren Überlieferung und des reinen Glaubens. Es mag erstaunen, dass ausgerechnet als Begleiterscheinung zur Emanzipation der kritischen Vernunft das Bild vom unverdorbenen Landleben in Schwang kam. In seiner Funktion als kompensatorische Ideologie zu den urbanen Umwälzungen ist es jedoch verständlich. Es nahm Gestalt an in den Naturidealen und der Primitivenverherrlichung der Aufklärung, in den Idyllen des Rokoko, im Weltbild der Romantik und zieht sich bis in die Wandervogel-Bewegungen und grünen Utopien des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die historische Verländlichung der Kirchen

Auch im religiösen Denken hielt das Ideal des Ländlichen Einzug. Je mehr die urbane Kultur sich von den Kirchen emanzipierte, desto gesünder erschien die angeblich nicht von kritischen Geistern infizierte Religiosität auf dem Land. Verstärkt wurde diese Tendenz von einem in gleicher Richtung wirkenden historischen Umbruch ganz anderer Art. Die Reformation definierte kirchliche Autorität neu. Nicht die bischöfliche Hierarchie, sondern die jedem Christen zugängliche Bibel galt als Richtschnur. Zwar blieb die Realisation dieses vergleichsweise demokratischen Prinzips in den Reformationskirchen lückenhaft und konfliktrichtig. Aber es führte immerhin zu einer Aufwertung der Gläubigen und der von ihnen gebildeten Gemeinden. Das Ideal des mündigen, in Glaubenssachen urteilsfähigen Kirchenvolks verlangte für seine Verwirklichung nach allgemeiner Bildung und religiöser Unterweisung. Die kirchlichen Autoritäten wurden jedoch auch von der Reformation nicht abgeschafft. Doch statt in Kult und Hierarchie waren sie nun wesentlich in der Institution der Predigt verankert.

Die – bei den verschiedenen Konfessionen unterschiedlich starke – Abstützung der kirchlichen Organisation auf die Basisstruktur der Parochien oder Gemeinden führte in der Konsequenz zu einer "Verländlichung" der Kirchen. Denn Urbild der Parochie ist immer das Dorf: der überschaubare Lebensraum, in dem die Menschen eine leicht zu kontrollierende Gemeinschaft bilden. Begriffe und Sprachbilder widerspiegeln dieses Leitbild mit heutzutage peinlicher Deutlichkeit: Der Pfarrer ist der Pastor (Hirt) und seine Gemeinde die Herde. Dieses dörfliche Muster wurde auf Stadtteile und andere Siedlungsformen gestülpt – was in dem Mass gelang, wie die Menschen auch in städtischen Verhältnissen dörflichen Idealen nachlebten.

Im Zuge der Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Organisation verwandelte sich das Religiöse endgültig in eine Teilmenge des soziokulturellen Komplexes. Die Kirchen wurden zum Subsystem der Gesellschaft, und sie organisierten sich erstmals als Insti-

tutionen mit definiertem, das heisst beschränktem Geltungsbereich. Entsprechend der Affinität ihrer parochialen Struktur zum ländlichen Raum und wegen der wesentlich grösseren Dichte konkurrierender Einrichtungen in den Städten hatten die Kirchen in urbanen Verhältnissen eine weit geringere Bedeutung als auf dem Land.

Urbane Religion

Neben und zum Teil auch in den traditionellen Grosskirchen gibt es seit dem 19. Jahrhundert eine wachsende Zahl von religiösen Gruppierungen, die sich von vornherein einstellen auf die städtische Welt der Mobilität, der Konkurrenz, des Konsums und der Medien. In ganz unterschiedlicher Weise passen sie sich an die modernen Bedingungen an: Freikirchen und charismatische Gruppen nutzen Werbung, Medien und Events zum Missionieren; Sekten entsprechen auf ihre Weise dem urbanen Prinzip der Abweichung und des Experimentierens; Gruppierungen wie Scientology adaptieren populäre und modische Kulte in synthetischen und kommerziell potenten Para-Religionen; mobile kirchliche Gruppen wie die Heilsarmee und einzelne Orden verbinden karitative Dienste mit mehr oder minder demonstrativem christlichem Zeugnis. Ob Prediger in der Manier von Popstars Stadien füllen oder ob Salutisten in den teuersten Einkaufsmeilen ihre Topfkollekten durchführen – beides sind erfolgreiche Adaptationen des Religiösen an die urbanen Verhältnisse. Bewegliche Lebensmuster, Bildung von Szenen und Lifestylegruppen, Erlebnisorientierung und andere Merkmale der Postmoderne lassen sich im brodelnden Leben der Städte auch an den rasch wechselnden Erscheinungsformen von Glauben, Kult, Sinnangeboten und religiösen Organisation ablesen.

Permanenteste und sichtbarste Zeichen religiöser Präsenz in den Citys sind aber nach wie vor die grossen alten Kirchen. Sie sind kulturelle Monumente und zugleich oft die unbestrittenen Wahr- und Markenzeichen ihrer Städte. Sie werden von Touristen besucht, für Konzerte benützt und liefern Motive für Ansichtskarten und Pralinschachteln. Einzelne prominente Predigerinnen und Prediger vermögen den Gottesdiensten in Citykirchen ein Publikum zu verschaffen, das aus der ganzen Region anreist. Bei grossen öffentlichen Erschütterungen durch Katastrophen und Trauerfälle hat sich in den letzten Jahren verstärkt gezeigt, dass die zentralen Kirchen in solchen Ausnahmesituationen als Orte der Besinnung, des symbolischen Zusammenrückens, der Kontingenzbewältigung von weiten Kreisen in Anspruch genommen werden.

Solche und ähnliche Erfahrungen haben das Nachdenken über die Rolle der Kirchen in den Innenstädten stimuliert. Seit Jahrzehnten wird experimentiert. Kirchliche Akademien und Bildungszentren wurden vereinzelt bewusst in Städten – statt wie meistens irgendwo im Grünen – eingerichtet. Mancherorts sind so genannte Offene Kirchen entstanden, die sich dem urbanen Leben zuwenden. Sie beheimaten Gruppen, die sonst keinen Fuss in eine Kirche setzen würden, betreiben Kaffeehäuser, bieten Beratung und Seelsorge an, feiern ungewöhnliche Gottesdienste. Im Blick auf die riesigen Pendlerströme wurde als neuester Versuch in Zürich die ökumenische Bahnhofkirche geschaffen, die täglich von mehreren hundert Menschen besucht wird.

Diese Versuche sind zum Teil sehr erfolgreich und zeugen vom Willen der Verantwortlichen, sich aus kirchlicher Sicht mit der urbanen Lebenswelt auseinander zu setzen. Sie machen aber zugleich auch deutlich, dass die Kirchen im Prinzip auf ihrer ländlichen, statischen Territorialstruktur beharren. Die städtischen Experimente sind lediglich die Ausnahmen von der Regel.

Systematisch öffentliche Präsenz aufbauen

Die Erkenntnis, dass das Leben in der modernen Gesellschaft weitgehend urban geprägt ist, müsste für die Kirchen grundsätzliche und strukturelle Folgen haben. Noch haben viele Kirchenleute die Tatsache nicht wirklich verstanden, dass die Menschen sich heute zunehmend an dem orientieren, was öffentlich präsent ist. Die Kirchen stehen deshalb wie alle gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Akteure vor der dauernden Aufgabe, sich selbst von der Latenz in die Präsenz zu heben.

Wie dieser Aufbau öffentlicher Präsenz zu geschehen hat, ist nicht allein Sache von Medienspezialisten. Der permanente Prozess, um den es hier geht, setzt die Reflexion voraus über den Stellenwert des Öffentlichen innerhalb der kirchlichen Tätigkeit. Was das heisst, kann hier nicht im Einzelnen behandelt werden. Die Fragen stellen sich jeweils auf lokaler oder nationaler Ebene anders. Sie sind das eine Mal konfessionell, das andere Mal ökumenisch zu beantworten. In jedem Fall aber ist Kommunikation mit der Öffentlichkeit keine Einbahnstrasse. Allzu oft kranken die öffentlichen Verlautbarungen der Kirchen am Zungenschlag der pastoralen Belehrung. Greifen sie hingegen als profilierte Stellungnahmen in den allgemeinen Diskurs ein, so finden kirchliche Voten regelmässig in weiten Kreisen Beachtung und Interesse.

Die organisatorischen Notwendigkeiten sind gegenüber solchen Grundsatzfragen sekundär, bedeuten aber gleichwohl eine noch grössere Herausforderung. Im Wesentlichen wird es darum gehen, die Entscheidungs- und Managementstrukturen zu schaffen, die ein systematisches Agieren in der Öffentlichkeit erst ermöglichen. Ohne verbindliche Ziele, ohne *Corporate Identity*, ohne koordinierte Konzepte und ohne professionelle Umsetzung werden alle Anstrengungen relativ wirkungslos bleiben. Die Kirchen stehen vor der Aufgabe, sich als Organisationen handlungsfähig zu machen. Um das zu erreichen, müssen sie interne Barrieren abbauen und Kompetenzdefizite aufholen. Das Renommee, die Inhalte, das Geld sind nicht das Problem. Die Kirchen haben viel Goodwill, hervorragende Themen und ausreichend Mittel, um eine starke öffentliche Präsenz zu erzielen.

Urs Meier ist Geschäftsführer der Reformierten Medien, des Kommunikationsunternehmens der evangelisch-reformierten Kirchen der deutschsprachigen Schweiz

Die Grossstadt – des Schweizers Wunsch oder Albtraum?

Thomas Schneider

Während praktisch des gesamten 20. Jahrhunderts schwankte das Verhältnis der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber grossen Städten zwischen Faszination und Ablehnung. Bewunderung für urbanes Leben war oft sehr nahe bei strikter Ablehnung von Grossstadt-Verhältnissen. Als ideale Schweizer Stadt galt meist die mit der ländlichen Umgebung verbundene Kleinstadt. Sehr deutlich lässt sich dieses Pendeln zwischen Bewunderung und Verteufelung der Grossstadt an der Bewertung eines der zentralen Symbole für die moderne städtische Gesellschaft zeigen: dem Hochhaus. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick gegeben über den Wandel der Einstellungen zur Grossstadt im Verlauf des 20. Jahrhunderts.

Wie in ganz Europa wurde auch in der Schweiz in den 20er und 30er Jahren von den Stadtplanern Kritik an den ungeplant gewachsenen Industriestädten geübt. Vor allem Zürich war seit Mitte des 19. Jahrhunderts massiv gewachsen und hatte bis Ende des Jahrhunderts die bisher führenden Schweizer Städte Genf und Basel überholt.

Trotz Wachstum der Schweizer Städte: Grossstadtfeindlichkeit bis in die 40er Jahre

Ein auch im 20. Jahrhundert anhaltender Zustrom ländlicher Bevölkerung, das explosionsartig gewachsene und stark verarmte Arbeiterquartier Aussersihl sowie die Eingemeindung ehemaliger Vororte schufen grosse städtebauliche und soziale Probleme, denen man im Zeitalter der sogenannten Moderne mit neuen städtebaulichen Vorschlägen Abhilfe schaffen wollte. Die Idee der Reduktion der Bebauungs- und Wohnungsdichte war damals in ganz Europa vorherrschend. Man sprach von Auflockerung und Durchgrünung, von Luft, Licht und Sonne. Noch im Rahmen der traditionellen Blockrandbebauung begann man in den 20er Jahren die Wohnungen weg von der Strasse zu orientieren, und beim Übergang zur Zeilenbauweise beabsichtigte man die Funktionen des Wohnens und des Verkehrs voneinander zu trennen. Die Optimierung der Bedingungen für Wohnen, Verkehr und Industrie sollte durch deren Entmischung erreicht werden. Gemäss dem Leitbild der Gartenstadt versuchte man, die Vorteile von Stadt und Land zu vereinen, und schuf neue vom Verkehr abgewandte Aussenquartiere, während man gleichzeitig wichtige Plätze und Strassen im Dienste des sich ausbreitenden Verkehrs neu gestaltete (z.B. Bellevue, Escher-Wyss-Platz, Rosengartenstrasse). Zudem plante man, die zu dichten und heruntergekommenen Altbauten der Altstadt oder das ganze Langstrassenquartier nach den neuen Leitbildern komplett neu zu bebauen.

Bereits im zweiten Weltkrieg setzte nach der Stagnation in der Krise der 30er Jahre erneut ein massiver Bevölkerungszustrom nach Zürich ein, welches sich nun definitiv als Wirtschaftsmetropole der Schweiz etablierte. Trotz des Wachstums der Städte herrschte in der Schweiz noch in den 40er Jahren eine regelrechte Grossstadtfeindlichkeit vor. 1945 schrieb der Architekt und Direktor der Landesausstellung von 1939, Armin Meili, die kleine Schweiz ertrage keine "grosstädtischen Wasserköpfe" (Meili 1945, zit. in: Blanc 1993: 23.). Das Wachstum der Städte sollte vielmehr in begrenzten Satellitenorten zehn Kilometer ausserhalb der Stadtgrenze aufgefangen werden. Als Vorbild dafür dienten Meili die sogenannten "New Towns", wie sie damals in England und anderen Ländern um die Metropolen herum geplant und gebaut wurden. Meili war es auch, der in den späten 30er und frühen 40er Jahren wesentlich an der Etablierung einer Schweizerischen Landesplanung mitwirkte.

Eine differenzierte Gesellschaft braucht eine differenzierte Bauweise: Der Bau der ersten Zürcher Wohnhochhäuser Ende der 40er Jahre

Nach dem zweiten Weltkrieg setzte in der Schweiz ein unerwartet rascher wirtschaftlicher Aufschwung ein. Der Bevölkerungszustrom nach Zürich steigerte sich, ebenso die Bautätigkeit, und die Zunahme des Automobilverkehrs übertraf alle Erwartungen. Nach den Erfahrungen mit den totalitaristischen Gesellschaftssystemen im Norden, Süden und Osten hielt sich die Schweiz weiterhin am Motto "Einheit in der Vielfalt" der Landi von 1939 fest. Die Zeilenbauweise der Zwischenkriegszeit wurde zunehmend als monotone Gleichmacherei empfunden. Man verschrieb sich mehr und mehr der Idee eines differenzierten Siedlungsbaus und bediente sich des Konzepts der organischen Stadt, welche analog zur Gesellschaft als ein lebendiger, hierarchisch aufgebauter Körper verstanden wurde. Unterschiedliche Menschen hatten unterschiedliche Bedürfnisse und sollten deshalb in unterschiedlichen Häusern wohnen: Einfamilienhäuser für die reichen Familien, Hochhäuser hingegen für Singles und untere Mittelstandsfamilien.

Die Befürwortung des Baus von Hochhäusern Ende der 40er Jahre lässt sich zwar als Ausweitung der an der Landi vorherrschenden Pluralismusvorstellung begreifen, Hochhäuser sind aber nicht bloss ein verspätetes Postulat der Krisenphase der 30er Jahre. Zum einen war die Landi weitgehend dem Bild von einer ländlichen Schweiz verhaftet, in dem der Hochhausboom der Wirtschaftswunderzeit noch keinen Platz hatte. Zum andern herrschte in den 30er Jahren noch die Vorstellung von der Einheitlichkeit der Bebauung sowie der Einbindung neuer Bauten in die allgemeine Ordnung. Zudem sollten keine privaten Wohn- oder Geschäftshäuser, sondern bloss Gebäude von öffentlicher Bedeutung die normale Bauhöhe überragen dürfen. So wurden denn in den 30er Jahren mit dem Walcheturm und dem Kirchgemeindehaus Wipkingen in Zürich bloss zwei Hochhäuser gebaut, die öffentliche Funktionen erfüllten, während Pläne von privaten Hochhäusern nicht umgesetzt werden konnten.

Obwohl diese beiden Forderungen Ende der 40er Jahre nicht mehr gestellt wurden, gab es nach wie vor zwei negative Assoziationen im Zusammenhang mit Hochhäusern: Einerseits war man sich einig, dass Schweizer Städte nicht zu einem Manhattan werden dürften. Bis weit in die 50er Jahre hinein hielt man reine Hochhausbebauungen von grosser Dichte als unhygienisch und unerwünscht. Hochhäuser verstand man lediglich als einen Teil einer Gesamtüberbauung in differenzierter Bauweise. Zum andern war ein allzu starkes Wachstum der Städte nach wie vor unerwünscht, und man war sich einig, dass die Hochhäuser nicht die Bodenspekulation fördern dürften.

Die Promotoren der ersten Zürcher Hochhäuser am Letzigraben waren sich dieser Vorbehalte sehr wohl bewusst, agierten äusserst vorsichtig und betrieben einen gewaltigen kommunikativen Aufwand, um die Bevölkerung behutsam auf die Hochhäuser vorzubereiten. Es gab viele lange Zeitungsartikel und Diskussionen über die optimale Gebäudehöhe und über die technischen Innovationen wie Gegensprechanlage und Personenlift. Dabei fällt auf, dass die Promotoren die Hochhäuser mit der europäischen, skandinavischen und *nicht* mit der amerikanischen Hochhauskultur in Verbindung brachten.

Das Hochhaus als Symbol von Wachstum und Fortschritt

Als die von vielen erwartete Nachkriegsdepression ausgeblieben war und die Wachstumsraten ab 1950 immer steiler nach oben zeigten, begann man sich im Laufe der 50er Jahre auf eine lange Wachstumsperiode einzustellen. Man rechnete mit einem stetigen Bergauf, eine Erwartungshaltung, die ihrerseits wiederum zur Stabilisierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung beitrug. Die 50er und auch die 60er Jahre waren geprägt von einem breiten Konsens, von Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, von einem Bauboom und von einer massiven Ausweitung des Privatverkehrs. Man verfolgte eine Politik der Nachfragebefriedigung, forderte Strassenbau nach Massgabe des Verkehrs und Wohnungsbau gemäss der Bevölkerungsentwicklung. Um 1950 rechnete man mit einem Anwachsen der Zürcher Stadtbevölkerung auf 550'000 und mit einer Vervierfachung des Verkehrs bis 1975. Der autogerechte Umbau der Stadt mit Expressstrassen bis ins Zentrum war eines der zentralen Themen dieser Zeit.

Man war überzeugt, die Probleme mit technischem Fortschritt lösen zu können, *Planung* war schon als Begriff negativ besetzt – vor allem mit Blick auf den Kommunismus. Die zehn Jahre zuvor begonnene Landesplanung war kaum mehr möglich, Planung musste sich darauf beschränken, die offensichtlichsten Wachstumsfolgen zu beseitigen. Die Zeit des Wirtschaftswachstums wurde auch die Zeit der Hochhäuser. Von den 50er bis in die 70er Jahre nahm die Zahl der pro Jahr gebauten Hochhäuser in Zürich weitgehend parallel zu den Wachstumsraten der Wirtschaft zu. Es entstand eine enge Verbundenheit zwischen dem Hochhaus und der Vorstellung von Fortschritt und Modernisierung, wobei Hochhäuser nicht bloss Symbol des Fortschritts, sondern mit ihren technischen Errungenschaften eben selbst Teil dieses Fortschritts waren. Die Hochhäuser machten im Laufe der Wachstumsperiode ebenfalls eine Entwicklung durch: Waren die ersten Wohnhochhäuser am Letzigraben mit zwölf Stockwerken gerade mal 33 Meter hoch, stieg die Höhe der Häuser Ende der 50er Jahre auf über 50 Meter oder 18 Stockwerke, in den 60ern auf 60 Meter und in den 70er Jahren auf 70 bis 90 Meter.

Allerdings liegt man falsch, wenn man den Zürcher Hochhausboom seit den frühen 50er Jahren in erster Linie mit der ökonomischen Entwicklung begründet. Ruedi Weidmann (1999) hat in seiner Lizentiatsarbeit über die Letzigraben-Hochhäuser darlegt, dass der Boom weder mit einer höheren Rentabilität von Hochhäusern noch mit dem Bevölkerungswachstum etwas zu tun hat. Denn die in den 40er Jahren erarbeiteten Zonenpläne schrieben maximale Stockwerkzahlen und Mindestabstände zwischen den Gebäuden und somit eine maximale Ausnützung oder Dichte eines zu überbauenden Gebietes vor. Diese aus einer zonenkonformen Bebauung errechenbare maximale Ausnützungsziffer galt auch für Bebauungen mit Hochhäusern, das heisst, dass ein Hochhaus mit entsprechend grösseren umliegenden Freiflächen oder sehr niedriger Bebauung auf dem übrigen Baugelände kompensiert werden musste. Zudem hätte eine dichtere Bauweise dem damaligen städtebaulichen Konzept der aufgelockerten Stadt widersprochen. Die meisten Schweizer Hochhäuser entstanden bis Ende der 70er Jahre denn auch im Rahmen solcher differenzierter Überbauungen. Schliesslich unterschieden sich die Baukosten von Überbauungen mit Hochhäusern nur unwesentlich von denen zonenkonformer Bebauungen. Es konnte also – mit Ausnahme einiger weniger Geschäftshäuser in der Zürcher Innenstadt aus der späten Hochhauszeit – mit einem Hochhaus keine grössere Anzahl Wohnungen und Arbeitsplätze auf einer Parzelle bereitgestellt und keine höhere Rendite erzielt werden als mit einer zonenkonformen Bebauung. Das zeitliche Zusammenfallen von Hochkonjunktur und Hochhausbau kann also weder mit finanziellem Gewinnstreben noch mit dem Bevölkerungswachstum erklärt werden.

**Manhattan an der Sihl:
Die Pläne vom Ausbau Zürichs zur europäischen Wirtschafts-Metropole**

Zu Beginn der 50er Jahre war man noch sehr behutsam mit dem Thema Hochhaus umgegangen, hatte ein allzu starkes Städtewachstum und reine Hochhaussiedlungen klar abgelehnt, und die Hochhauspromotoren hatten mit grossen Kommunikationsanstrengungen versucht, eine möglichst breite Bevölkerungsschicht auf den "Weg des Fortschritts" mitzunehmen.

Von einer solchen schweizerischen Vorsicht war in den 60er Jahren immer weniger zu spüren. Allerdings musste man in deren Verlauf einige Illusionen der 50er Jahre begraben. So hatte man ein Einsehen, dass es nicht möglich war, alle die für den stetig wachsenden Verkehr benötigten Strassen zu bauen. Zudem hatte die Bevölkerungszahl der Stadt Zürich im Jahre 1962 mit rund 440'000 ihren Höhepunkt erreicht und nahm seit diesem Jahr kontinuierlich ab. Die Agglomeration jedoch dehnte sich weiter aus und die Zahl der Pendler nahm massiv zu. Allerdings war der Glaube an die Problemlösungskraft des Fortschritts noch ungebrochen: steigende Unfallzahlen, Lärm und verstopfte Strassen wurden als vorübergehende Erscheinungen betrachtet, welche durch geeignete Massnahmen zu beheben seien. Man wollte nun den privaten Arbeitsverkehr eindämmen und konzentrierte sich auf die Förderung des wirtschaftlich interessanten Geschäftsverkehrs. Dabei wurde die gebaute Stadt mehr und mehr als Verkehrshindernis empfunden, und man plante weiter an der verkehrsgerechten Neugestaltung von Plätzen und Strassen. Zudem kam allmählich Kritik an den aufgelockerten Neubauquartieren der frühen 50er Jahre auf. Man bemängelte das Fehlen von Dichte in diesen Quartieren und sprach nun vom Prinzip "Urbanität durch Dichte", welches der Stadt wieder ein vermehrt städtisches Flair verleihen sollte.

Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahren wurden die Planungsanstrengungen zunehmend ausgeweitet, weil man mit sektorieller Betrachtung immer weniger zu befriedigenden Lösungen kam. Grundsätzliche Einwände gegen die bisher verfolgte wachstums- und fortschrittsorientierte Politik gab es allerdings bis Ende der 60er Jahre praktisch nicht. Auch der Bau der Westtangente als dauerhaftes Provisorium mitten durch die Quartiere wurde angesichts vermeintlicher Sachzwänge kaum bekämpft. Teilstück für Teilstück wurde mit grossen Mehrheiten vom Stimmvolk angenommen.

Ende der 60er Jahre war die vorsichtige Bescheidenheit der frühen 50er Jahre verflogen und nicht wenige träumten davon, Zürich zu einem erstrangigen europäischen Wirtschaftszentrum zu machen. So formulierte Allemann, der Geschäftsführer der Zürcher City-Vereinigung im Jahr 1969 in einem Vortrag unter dem Titel "Provinzstadt oder europäische Metropole" ein klares Bekenntnis zur Wünschbarkeit der Weiterentwicklung Zürichs zur europäischen Grossstadt (vgl. Allemann 1969: 3, zit. in: Blanc 1993: 128). Diese von der FDP mitgetragene Vision einer modernen Stadt mit hochragenden Bürohäusern und schnellen Autostrassen war eine klare Absage an die sich bis in die 50er Jahre hinein haltende Grossstadtfeindlichkeit. Nach der behutsamen Einführung um 1950 hatte sich das Hochhaus in den 60er Jahren für Wohn- und Geschäftsbauten weitgehend durchgesetzt und durfte in keiner zeitgenössischen City-Erweiterung fehlen. Dabei spielten weniger ökonomische Argumente eine Rolle, vielmehr handelte es sich um einen Ausdruck des Optimismus der Hochkonjunkturjahre: Grossunternehmen bauten repräsentative Hauptsitze und legten so die alte schweizerische Bescheidenheit ab. Während man die Altstadt im Unterschied noch zu den 30er und 40er Jahren bereits als schützenswert empfand, plante man erneut die "Sanierung" älterer innerstädtischer

Quartiere wie z.B. den Abbruch und Neubau des gesamten Langstrassenquartiers im Kreis 4 als Hochhausquartier. Allerdings war die Umsetzung solcher Pläne schwierig, da die Uneinigkeit über die konkrete Linienführung der Expressstrassen die reale Entwicklung des Sihlraumes blockierte. Ende der 60er Jahre verfügte man mit der Vision eines Manhattans an der Sihl erstmals über ein klares Leitbild für eine geplante Stadtentwicklung und wollte sich nach langen Jahren der Diskussion und Planung nun endlich daran machen, diese Vision auch zu verwirklichen. Mit einem ernsthaften Widerstand der Bevölkerung rechnete man dabei nicht.

Der Wolkenkratzer als Symbol für die Zerstörung städtischer Lebensqualität

Die hochfliegenden Pläne der ausgehenden 60er Jahre wurden durch die Krise der frühen 70er Jahre aber jäh zerschlagen. Die sich langsam vergrößernden negativen Folgen des Wachstumsprozesses wurden plötzlich als Probleme wahrgenommen und in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. Jahrzehntlang stabile Leitbilder wurden nun radikal in Frage gestellt. Plötzlich war die Rede von der Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Stadt, von der "Unwirtlichkeit der Städte", von Umweltzerstörung. Man fürchtete nicht mehr – wie noch wenige Jahre zuvor – den wirtschaftlichen Abstieg der Stadt zur Provinzstadt, sondern den Niedergang der Stadt als Lebensraum.

Die Mehrheit der Bevölkerung weigerte sich nun, vermeintlichen Sachzwängen einfach zuzustimmen: Von 1970 bis 1973 wurden alle Zürcher Modernisierungs- und Infrastrukturprojekte vom Stimmvolk abgelehnt. So scheiterten lange Zeit unumstrittene Projekte wie dasjenige der U- und S-Bahn sowie die letzte Bauetappe der Westtangente am unerwarteten Volks-Nein, so dass die Hardbrücke ab 1972 für mehrere Jahre ohne Abschluss beim Hardplatz in der Luft hängen blieb. Das Projekt "Jolliville", eines neuen Quartiers zwischen Wollishofen und Adliswil, wurde nach zehnjähriger Planung ebenso begraben wie das mit dem Übernamen "Sigi-Ville" bezeichnete Projekt einer Satellitenstadt im Wald zwischen Fluntern und Witikon. Mit einem Hochhausband mit 30'000 Wohnungen und 13'000 Arbeitsplätzen hatte Stadtpräsident Sigmund Widmer dem damals als drastisch empfundenen Bevölkerungsschwund der Stadt entgegenwirken wollen. Anders als wenige Jahre zuvor stiessen solche Projekte in den frühen 70er Jahren nicht mehr auf Begeisterung, sondern auf deutliche Ablehnung.

In kürzester Zeit weitete sich die Krise der städtischen Modernisierung zu einer Krise der Moderne aus: Wachstum wurde nun nicht mehr als Problemlöser, sondern allgemein als Ursache der Probleme angesehen. Der Vertrauensverlust in die bisherigen Leitbilder von *Wachstum* und *Fortschritt* und die damit verbundene Orientierungslosigkeit eröffnete in den frühen 70er Jahren Raum für grundsätzliche Diskussionen und bereichsübergreifende Gesamtplanungen (Gesamtverkehrskonzeption, Gesamtenergiekonzeption, etc.). In dieser Zeit stiessen neue Leitbilder wie *Lebensqualität* und *Wohnlichkeit* auf eine erhöhte Resonanz. Das Hochhaus, das nebst dem Automobil als eines der stärksten Symbole für Moderne und Fortschritt galt, wurde nun plötzlich negativ konnotiert. Anscheinend konnte man aber auf das Auto viel schwerer verzichten als auf die Hochhäuser. Während der Autoverkehr weiterhin zunahm, ging der Bau von Hochhäusern, der in den 50er und 60er Jahren stets zugenommen hatte und Anfang der 70er seinen Höhepunkt erreichte, ab 1974 rasch zurück. Danach wurden noch die laufenden Planungen realisiert, aber praktisch keine neuen Projekte mehr lanciert. Von den 147 Hochhäusern der Stadt Zürich wurden gerade noch drei nach 1981 neu gebaut.

Von der Vorstellung des "gebauten Zürichs" zur neuen Grosstadt-Euphorie

Nach dem Einsetzen der Rezession Mitte der 70er Jahre wurde zwar die in der Orientierungskrise verstärkte Planung weitgehend wieder aufgegeben, und man wandte sich vermehrt einer pragmatischeren Politik zur "Wiederankurbelung" der Wirtschaft zu. Aber nicht mehr Wachstum, sondern Stabilität wurde zum bedeutendsten Begriff der 70er Jahre. Die Leitbilder hatten sich in den frühen 70er Jahren nachhaltig gewandelt.

Auch als die Wirtschaft wieder anzog und anfangs der 80er Jahre eine bürgerliche Mehrheit in den Stadtrat gewählt wurde, wurde die Politik der Verkehrsberuhigung und der Verbesserung der Lebensqualität weitergeführt, ja sogar ausgeweitet und einige Forderungen aus der Zeit der Krise umgesetzt. Hochhäuser blieben weiterhin verpönt: 1984 wurde vom Stimmvolk ein Hochhausverbot für die Zürcher Innenstadt an der Urne angenommen. Seit 1992 beschränkt das kantonale Planungs- und Baugesetz den Bau von Hochhäusern auf von den Gemeinden eng zu definierende Zonen, wobei in der Stadt Zürich keine solche Zone bezeichnet wurde. Der Spruch "Zürich ist gebaut" prägte die Politik in der ersten Hälfte der 90er Jahre während der Amtszeit der sozialdemokratischen Hochbaudepartementsvorsteherin Ursula Koch.

Erst in der zweiten Hälfte und vor allem gegen Ende der 90er Jahre lässt sich ein erneuter Stimmungswandel in Bezug auf die Haltung gegenüber der Stadt und dem Hochhaus feststellen. Zeichen für eine Wiederentdeckung des grossstädtischen Lebens sind zum Beispiel das Aufkommen einer illegalen Gastronomie- und Unterhaltungsszene, die sich nicht an die offiziellen Bestimmungen und Öffnungszeiten hielt – eine Entwicklung, die durch die Liberalisierung der Öffnungszeiten von Läden und Lokalen in den ausgehenden 90er Jahren durch die Annahme entsprechender Gesetze rechtlich abgestützt wurde. Das ehemalige Industriequartier im Kreis 5 um den Escher-Wyss-Platz entwickelte sich zur neuen Szenen-Meile, und zahlreiche zum Teil grössere Bauprojekte sind daran, diesem Stadtteil ein neues, moderneres Gesicht zu verleihen.

Zudem wurde auch in Studenten- und Künstlerkreisen (vgl. Pipilotti Rist) das Wohnen im Hochhaus wieder als echte Alternative zur schönen Altbauwohnung erkannt, und auch die Verwaltung und die Wirtschaft haben die Hochhäuser für sich neu entdeckt (vgl. Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum Winterthur, Bluewin-Turm Zürich, etc.). Spannend ist es nun zu verfolgen, ob und in welchem Zusammenhang sich die neu aufkommende Grosstadt- und Hochhauseuphorie in ähnlicher Weise entwickeln wird wie in der Wachstumsphase der 50er und 60er Jahre.

Thomas Schneider hat Allgemeine Geschichte, Wirtschaftswissenschaften und Englische Literaturwissenschaften studiert.

Literatur:

Allemann, Richard (1969): Provinzstadt oder europäische Metropole. Was will die City Vereinigung von Zürich. Zürich, S. 3.

Blanc, Jean-Daniel (1993): Die Stadt – ein Verkehrshindernis? Leitbilder städtischer Verkehrsplanung und Verkehrspolitik in Zürich 1945 - 1975. Zürich.

Koch, Michael (1992): Städtebau in der Schweiz 1800-1990: Entwicklungslinien, Einflüsse und Stationen. Zürich.

Meili, Armin (1945): Zürich heute und morgen. Wille oder Zufall in der baulichen Gestaltung. Sonderdruck NZZ. Zürich.

Weidmann, Ruedi (2000): Skandinavisches Know-how. Die Bedeutung Skandinaviens beim Bau der ersten Schweizer Hochhäuser. In: Schweizerische Bauzeitung - Offizielles Publikationsorgan SIA GEP USIC, Vol. 118 Nr. 31/32, August 2000, S. 4-7.

Weidmann, Ruedi (1999): Hochhaus und Hochkonjunktur. Planung und Bau der ersten Hochhäuser in Zürich 1946-1952. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Zürich.

Pendlerzeitungen: Kompaktinfos auf dem Arbeitsweg

Martina Leonarz

Die seit anfangs 2000 lancierten Pendlerzeitungen stellen für die traditionellen Tageszeitungen eine unternehmerische und publizistische Herausforderung dar. Die Konsumentinnen und Konsumenten freuen sich vorerst über das neue Angebot und lesen mehr – dies zeigt eine Umfrage im Raum Zürich.

Der Grossraum Zürich gilt seit jeher als publizistisch gut versorgt. Die drei Tageszeitungen "Blick", "Tages-Anzeiger" und "Neue Zürcher Zeitung" bieten Informationen für Publika mit ganz unterschiedlichen Ansprüchen. Bis vor kurzem wurden alle Stadtzürcher Haushalte mit dem Amtsblatt "Tagblatt der Stadt Zürich" gratis mit den wichtigsten Informationen sowie amtlichen Anzeigen versorgt. Die Konkurrenz zwischen den Blättern hält sich in Grenzen – jede Zeitung hat ein klar definiertes Zielpublikum, und nicht einmal die Tendenzen hin zur Boulevardisierung, die Beobachter der Szene beim Tages-Anzeiger festzustellen glaubten, wird vom Blick, als ernst zu nehmende Konkurrenz betrachtet.

Doch im Vorfeld der Lancierung der Pendlerzeitungen erschien das bislang unauffällige Tagblatt der Stadt Zürich gegen Ende 1999 nicht nur mit neuem Namen in einem neuen Layout mit auffälligen Farben, sondern wurde auch inhaltlich massiv umgekrempelt. Zwar finden Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher nach wie vor auf einer Seite Amtliches und Todesanzeigen, ansonsten aber lässt kaum etwas darauf schliessen, dass der "Zürich Express" aus dem alteingesessenen Tagblatt entsprungen ist. Die Totalrevision hatte ihren Grund: Zwei skandinavische Medienunternehmen entdeckten die erhöhte Mobilität als Marktnische und sahen die Benutzerinnen und Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel als interessante Zielgruppe. Was sich in anderen europäischen Städten als erfolgreich gezeigt hatte, sollte nun auch in Zürich ausprobiert werden. Das Faceliftling des Zürcher Amtsblattes kann als Gegenoffensive der daran beteiligten Verlagshäuser "Tamedia" (60%) und Neue Zürcher Zeitung (40%) betrachtet werden, um den Einstieg der ausländischen Konkurrenz zu erschweren und somit das Aushängeschild des eigenen Hauses – den Tages-Anzeiger – zu schützen. Kurz nach der Neupositionierung des Zürich Express (Auflage 200'460) am 13. Dezember 1999, startete das norwegische Verlagsunternehmen "Schibsted" seine Pendlerzeitung "20 Minuten" mit einer Auflage von 150'000 im Grossraum Zürich und erreichte mit der Versorgung des goldenen Dreiecks Zürich – Bern – Basel ab 2. Oktober 2000 eine Totalauflage von 275'000. Die Pendlerzeitung "Metropol" des schwedischen Medienkonzerns "Modern Times Group" (MTG) erschien am 31. Januar 2000 mit derselben Auflage im Grossraum Zürich und versorgt seit September 2000 fast die ganze Deutschschweiz mit einer Gesamtauflage von 310'000 Exemplaren.

Schibsted und Modern Times Group – zwei führende Unternehmen aus Skandinavien

Hinter den zwei Pendlerzeitungen stehen Modern Times Group (MTG) mit einem Umsatz 1999 von ca. 512 Mio. Euro (ca. 760 Mio. sFr.) und 1200 Beschäftigten und Schibsted mit einem Jahresumsatz 1999 von ca. 818 Mio. Euro (ca. 1,2 Milliarden sFr.) und 5300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. MTG lancierte 1995 in Stockholm die erste journalistisch gemachte Gratis-Zeitung mit dem Namen "Metro", und das mit grossem Erfolg. Heute ist Metro die zweitgrösste Tageszeitung Stockholms und gibt in 14 Ländern insgesamt

18 Gratiszeitungen im gleichen Stil heraus mit insgesamt über 2 Mio. Exemplaren und mehr als 4 Mio. Leserinnen und Leser täglich. Zum Kernstück des Konzerns gehört zudem der Fernseh-Sender TV3, welcher in einer dänischen, norwegischen und schwedischen Version in Skandinavien ausgestrahlt wird (vgl. Hultén 2000: 566). Total besitzt MTG neben den Gratiszeitungen sieben TV-Sender, zwei Radiosender und ein Netzwerk von TV-Shoppingangeboten (vgl. Niggenschmidt 2000: 38).

Schibsted ist Skandinaviens grösster Medienkonzern und besitzt die zwei auflagestärksten Tageszeitungen Norwegens. Er hat die Pendlerzeitung 20 Minuten testweise in Köln und in Zürich lanciert, wobei die Kölner Ausgabe im Sommer 2001 wieder eingestellt wurde. 20 Minuten ist die einzige Gratiszeitung des Verlages. 80% des Umsatzes erwirtschaftet Schibsted mit Zeitungen, den Rest mit verschiedenen TV-Beteiligungen.

Der Zürich Express, so lässt das neue Layout vermuten, versucht seine Leserschaft etwas zu verjüngen, ohne aber die ältere Generation zu verlieren. 20 Minuten strebt eine sehr junge Kernzielgruppe an und versucht damit ein Alterssegment zu erreichen, das bislang durch die traditionellen Tageszeitungen kaum wahrgenommen wurde. Metropol hingegen richtet sich eher an die traditionelle, wenn auch etwas jüngere Leserschaft und nimmt somit eine Zielgruppe ins Visier, die bereits Zeitungen liest.

Kleine Redaktionen und grosser Internetauftritt

Die Pendlerzeitungen betreten in mancher Hinsicht neue Wege, was die herkömmlichen Tageszeitungen in Zukunft beeinflussen könnte. Sie präsentieren auf knappem Raum attraktiv aufgemachte Informationen in einem einfachen Schreibstil und bieten damit auch ein Angebot für Personen, die im Umgang mit den Printmedien nicht sehr versiert sind. Sie versuchen durch regionale Berichterstattung (vgl. Bonanomi 2000: 11) sowie durch Mehr- und Extra-Angebote wie Kaufaktionen, Vergünstigungen von Kulturanlässen und Reisen (vgl. Heer 2000: 17) die Kundenbindung zu optimieren. Insbesondere für die Pendlerzeitung 20 Minuten ist die Unterstützung von Veranstaltungen sowie der Lokalbezug wichtig, weshalb sie Eventmarketing betreibt. Dies gibt zugleich wieder die Möglichkeit, über Veranstaltungen zu berichten.

Die Pendlerzeitungen werden kostengünstig produziert. Die meisten Artikel sind eingekauft, die redaktionelle Arbeit wird somit minimal gehalten. Metropol beschäftigt 19 Personen in der Redaktion, 20 Minuten deren 31 (vgl. Custer 2001a: 34).

Neben dem Papierprodukt ist insbesondere für 20 Minuten der Internetauftritt wichtig. Der Verlag beschäftigt damit 20 Personen und lässt sich dieses Angebot etwas kosten. Hier werden neben den Tagesaktualitäten Zusatzinformationen und eigenständige Inhalte angeboten. Damit erhofft man sich eine vermehrte Leserbindung der (sehr) jungen Kernzielgruppe der 14 bis 29-Jährigen (vgl. Custer 2001a: 36). Auch Metropol versucht seine Homepage attraktiver zu gestalten und bietet über den Club Metropol täglich neue Angebote zu attraktiven Preisen.

Distribution über Handverteiler und Zeitungsboxen

Alle drei Angebote werden in der Stadt Zürich in Zeitungsboxen aufgelegt und durch Kolporteurs verteilt. Metropol hat 220 Handverteilerinnen und -verteiler im Einsatz, 20

medien heft

Minuten 290, der Zürich Express deren 20. 20 Minuten hat zusätzlich eine exklusive Abmachung mit dem Verkehrsverbund Zürich und darf ihr Angebot in den Fahrzeugen in Boxen auflegen. Der Verlag lässt sich dieses Privileg etwas kosten und beteiligt sich zusätzlich am Aufwand für die Reinigung. Insgesamt stehen 2000 Boxen in öffentlichen Verkehrsmitteln (vor allem in der Stadt Zürich) und zusätzlich 900 Boxen an den Haltestellen. Metropol hat sich demgegenüber die Rechte für die Boxen an den Bahnhöfen gesichert, bedient 174 S-Bahnhöfe und hat 1280 Boxen vorwiegend in der Stadt Zürich. Der Zürich Express wird von Montag bis Freitag direkt in alle städtischen Haushalte zugestellt (vgl. Custer 2001a: 34f).

Handlich und farbig

Die beiden Pendlerzeitungen erscheinen geheftet in einem handlichen A4-Format, der Zürich Express im üblichen Zeitungsformat. Alle drei Zeitungen setzen auf Farben. Insbesondere 20 Minuten und Metropol weisen einen hohen Anteil an Farbfotos auf, der Zürich Express nur auf einigen Seiten. Überhaupt ist der Anteil an Fotomaterial und anderen grafischen Auflockerungen hoch. Die Artikel sind kurz, die verwendete Sprache einfach mit kurzen Sätzen und wenigen Fremdwörtern oder Fachausdrücken. Man beschränkt sich vorwiegend auf Faktenverlautbarung mit wenig Kontextbezug oder analytischen Hintergrundinformationen. Auffällig ist das regelmässige "Berichterstaten von der Strasse": Sowohl 20 Minuten wie auch Metropol fragen auf der Strasse Passantinnen und Passanten nach ihrer Meinung zu aktuellen Geschehnissen. 20 Minuten nennt seine Rubriken u.a. "News", "Business", "Money", "Sport", "People", "What's up" und gibt sich somit trendig. Metropol, wie auch der Zürich Express verfahren traditioneller und bleiben bei den Rubriken "Ausland", "Inland", "Region", "Wirtschaft", "Kulturagenda" und "Sport". Alle drei, und wiederum am ausgeprägtesten 20 Minuten, widmen einen umfangreichen Teil dem Unterhaltungsangebot in und um Zürich. Partys, Kino, Theater, In-Lokale und Events werden angepriesen.

Der Anteil der Werbung und der Kleinanzeigen ist hoch und belief sich im ersten Halbjahr 2001 bei 20 Minuten auf 11,5 Seiten pro Ausgabe bei Metropol auf 9,3 Seiten (vgl. Custer 2001b: 17). Gemäss Angaben der Redaktionen produzieren 20 Minuten im Schnitt 40 Seiten und Metropol 35 Seiten täglich. Damit erreichen beide Pendlerzeitungen einen Werbeanteil von knapp 30%. Davon waren in den ersten vier Monaten 2001 59% (Metropol) respektive 66% (20 Minuten) Stellenanzeiger (vgl. Custer 2001a: 42). Die meist sehr farbige Werbung und die Kleinanzeigen sind über die ganze Ausgabe verstreut und erschweren es der Leserin und dem Leser auch aus optischer Perspektive, zwischen redaktionellen und nicht redaktionellen Beiträgen zu unterscheiden.

Einbussen bei den traditionellen Tageszeitungen

Die Wemf-Daten zeigen im Jahr 2000 für den Tages-Anzeiger eine Auflageneinbusse von 4,2% (11'733 Exemplare), welche auf die Konkurrenz durch Gratiszeitungen zurückzuführen ist (vgl. SDA 2001: 63). Blick büsste 1,5% oder 4870 Exemplare ein. Jürg Lehmann, Blick-Chefredaktor, führt diesen Verlust ebenfalls auf die Existenz von Gratiszeitungen zurück, zeigt sich aber erleichtert, dass die viel prophezeiten grossen Einbussen ausgeblieben sind (vgl. Lüthi 2001: 77). Der Blick vertreibt fast die Hälfte seiner Auflage über den Einzelverkauf an Kiosken und Boxen und musste die neue Konkurrenz daher besonders fürchten.

Die Pendlerzeitungen sind ausschliesslich anzeige- und werbefinanziert. Ob sie sich als effektive Werbeträger und Vertriebskanäle etablieren können, interessieren nicht nur die Verlage und Redaktionen. Auch die Werbewirtschaft will wissen, ob es sich lohnt, die Pendlerzeitungen als Werbeträger zu berücksichtigen und ob das anvisierte junge, urbane und insbesondere konsumorientierte und ausgabefreudige Kundensegment möglichst präzise erreicht wird.

Neben den ökonomischen Interessen werfen die neuen Produkte zusätzlich Fragen über die publizistische Leistung auf. Welche der neuen Angebote werden wie genutzt? Welche Inhalte schätzen Leserinnen und Leser als relevant ein? Wie beurteilen sie die Verteilung der neuen Zeitungen? Und haben sie seit der Einführung der Pendlerzeitungen ihre Lesegewohnheiten verändert? Diese Fragen standen im Zentrum einer Umfrage, welche Studierende im Rahmen ihres einjährigen Forschungsproseminars am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich (IPMZ) im März 2001 durchgeführt haben. Innerhalb einer Woche wurden im Raum Zürich 2200 Fragebogen verteilt. Der Rücklauf betrug knapp 40%, und 842 Fragebogen konnten ausgewertet werden. Bei einer gleichmässigen Verteilung der Fragebogen nach den Quotenvorgaben Alter, Geschlecht und Pendler/Nichtpendler haben vornehmlich junge und gut gebildete Leserinnen und Leser den Fragebogen ausgefüllt. Davon sind 57% Frauen und 43% Männer. 32% sind zwischen 16 und 25 Jahre alt, 22% zwischen 26 und 35, 23% zwischen 36 und 55 und 22% älter als 55 Jahre. Die Verteilung des Rücklaufs lässt darauf schliessen, dass die Gratiszeitungen insbesondere für junge Personen relevant sind. Spekulieren lässt sich über die Tatsache, warum mehr Frauen den Fragebogen ausgefüllt haben: Werden sie besser erreicht, da sie öfters öffentliche Verkehrsmittel benutzen? Haben sie generell mehr Zeit, da nicht alle Frauen voll berufstätig sind? Sind sie kommunikativer? Oder handelt es sich bei den Befragten vor allem um Hausfrauen, die den Zürich Express lesen, der gratis nach Hause geliefert wird?

Gratiszeitungen werden kurz und selektiv gelesen

Die Umfrage hat gezeigt, dass die durchschnittliche Lesedauer der gekauften und abonnierten Zeitungen 31 Minuten beträgt. 58% geben an, zwischen 11 und 30 Minuten in den herkömmlichen Zeitungen zu lesen. Sie tun dies vorzugsweise indem sie die Zeitung überfliegen (46%), sich insbesondere einer Rubrik widmen (24%) oder nur wenige Artikel herauspicken (14%). 10% geben an, ihre Abonnement- oder Kaufzeitung genau zu lesen. Dieses selektive Leseverhalten zeigt sich auch bei den Pendler- und Gratiszeitungen: auch hier wird ausschliesslich selektiv gelesen, viele Artikel nur überflogen (48%), die Zeitung nur durchgeblättert (12%) oder ausschliesslich eine Rubrik betrachtet (12%). Die Lesedauer ist hier allerdings erwartungsgemäss kürzer: über 70% der Leserinnen und Leser wenden nicht mehr als 15 Minuten für die Lektüre auf. Die durchschnittliche Lesezeit beträgt 14 Minuten. Sie lesen vorwiegend ausser Haus, unterwegs (60%) und/oder am Arbeitsplatz, an der Universität und in der Schule (20%). Gratiszeitungsleserinnen und -leser nutzen offensichtlich ihre Reisezeit mit dem Neuangebot. Zudem zeigt sich, dass Personen mit einem hohen sozio-ökonomischen Status weniger lang in den Pendlerzeitungen lesen.

Zufriedenheit mit dem Lesestoff

Gratiszeitungen werden als gut und informativ eingeschätzt, nicht aber als Ersatz für eine gekaufte oder abonnierte Zeitung angesehen. 49% der Befragten betrachtet den

Informationsgehalt der Gratiszeitungen als ausreichend und gut. Als Ersatz für die herkömmliche Zeitung wird das neue Angebot jedoch nur von 15% der Befragten wahrgenommen. Etwas mehr als ein Viertel urteilt negativ über die Gratis- und Pendlerzeitungen und betrachtet sie als oberflächlich oder sogar als reine Zeitverschwendung. 9% haben keine Meinung zum neuen Angebot.

Obwohl eine Mehrheit angibt, die Pendlerzeitungen seien kein Ersatz für die Abonnement- und Kaufzeitungen, nutzen die Befragten thematisch ähnliche Angebote im herkömmlichen und im neuen Lesestoff. Die redaktionellen Inhalte sind wichtig, insbesondere die Inland- sowie Regionalberichterstattung. Auch die Auslandberichterstattung wird in beiden Zeitungsangeboten als wichtig eingeschätzt und dementsprechend genutzt. Vermischte Nachrichten oder die "light page" werden bei den Pendlerzeitungen etwas wichtiger eingeschätzt als bei den herkömmlichen Tageszeitungen. Dafür schliessen dort die Kulturberichterstattung sowie die Rubrik Wissen und Bildung besser ab. Das Service-Angebot wird bei beiden Zeitungstypen als weniger wichtig eingestuft, was erneut die ähnliche Nutzung verdeutlicht. Veranstaltungskalender und Wetterbericht sind vergleichsweise wichtig, der Stellenanzeiger wie auch das TV-Programm liegen im Mittelfeld. Unbedeutend, so finden die Befragten, welche ausschliesslich 20 Minuten und/oder Metropol konsumieren, sind die Kleinanzeigen. Leserinnen und Leser des Zürich Express schätzen diese tendenziell positiver ein. Die Werbung wird bei allen drei Angeboten als unwichtig eingestuft – ein Resultat, das allerdings gegen das werbefinanzierte Konzept spricht.

Traditionelle Berichterstattung ist gefragt

Überraschenderweise werden an die Pendler- und an die traditionellen Tageszeitungen gleiche Ansprüche gestellt, und auch die gelesenen Inhalte variieren kaum. So ist der ausgebaute Konsumenten- und Serviceteil der Pendlerzeitungen nicht primär Grund für die Lektüre, sondern eher die konventionelle Berichterstattung. Dass die Befragten dennoch angeben, die Pendlerzeitungen würden ihre traditionellen Tageszeitungen nicht ersetzen, erstaunt angesichts der sehr ähnlichen Nutzungsweise. Unabhängig davon, dass in einem Fragebogen Prestige-Antworten – in diesem Fall die politische Berichterstattung – eher angekreuzt werden, lässt sich dieses Resultat damit erklären, dass die Mehrheit der Befragten angibt, nach der Lektüre in den Pendlerzeitungen weitere Informationsquellen zu nutzen. So ziehen 22% nach der Lektüre der Pendlerzeitung die herkömmliche Zeitung als weitere Informationsquelle hinzu. Internet-Tipps in den Pendlerzeitungen geben ebenfalls 22% der Befragten Anlass, im Internet nach weiteren Informationen zu suchen. Hinweise zur Fernsehnutzung finden 21% der Befragten wertvoll; Radio und Zeitschriften werden in je 11% weiterführend genutzt, vorwiegend von Leserinnen und Lesern aus sozio-ökonomisch mittleren und tiefen Segmenten.

Motive, warum das neue Zeitungsangebot genutzt wird, verdeutlichen, dass der Inhalt nicht immer ausschlaggebend ist. Pendlerzeitungen werden geschätzt, da sie eine schnelle Aufnahme von Kurzinformationen ermöglichen (222 Nennungen). Aber auch die Bequemlichkeit spielt eine Rolle: Man vertreibt sich gerne die Warte- und Reisezeit (161 Nennungen). Zudem ist das kleine Zeitungsformat angenehm zu handhaben und die Aufmachung ansprechend (112 Nennungen). Nicht zuletzt werden die Pendlerzeitungen gelesen, weil sie gratis sind (106 Nennungen) oder weil man sich schon daran angewöhnt hat (32 Nennungen). Es erstaunt daher nicht, dass nur gerade knapp 7% der Befragten für das neue Zeitungsangebot zahlen würde.

Kritik an ökologischem und inhaltlichem Unsinn

Obwohl der Grundtenor positiv ist, äussern sich die Befragten auch kritisch über das neue Zeitungsangebot. Häufig angesprochen (14%) wird die Entsorgungsproblematik: Das Produkt wird als Umweltverschmutzung, ökologischer Unsinn oder Papierverschleiss wahrgenommen. Für die Kritiker rücken dabei der Inhalt und die Qualität der Zeitungen in den Hintergrund. 11% finden, dass die Pendlerzeitungen zu sehr dem Boulevardstil entsprechen sowie oberflächlich und schlecht recherchiert sind oder sich sogar journalistisch auf tiefstem Niveau befinden. 8% geben ihrer klaren Missbilligung Ausdruck: "Gratiszeitungen brauchen Menschen, aber Menschen keine Gratiszeitungen", so eine Antwort. Dass die Pendlerzeitungen weitgehend Werbekanäle darstellen, beurteilen einige als negativ. Kritische Anmerkungen bedeuten allerdings noch nicht, dass das Angebot abgelehnt würde. Nur gerade 14% der Befragten lesen Pendler- und Gratiszeitungen weniger als einmal pro Woche oder nie. 36% lesen sie täglich und 29% zwei- bis viermal pro Woche.

Komplementäre Nutzung: Gratiszeitungen als zusätzliche Lektüre

Hat nun das Aufkommen der Gratiszeitungen die Gewohnheiten der Zeitungsläserinnen und -leser verändert? Diese Frage ist vor allem für die Verleger traditioneller Zeitungen interessant, da sie um ihre Abonnentinnen und Abonnenten fürchten. Andererseits hat das neue Zeitungsangebot eine sehr junge Zielgruppe im Visier. Das nährt die Hoffnung, dass die von den Gratis- und Pendlerzeitungen neu gewonnenen Leserinnen und Leser später auf die Lektüre der traditionellen Tageszeitungen umsteigen werden. Allerdings verstehen sich die Gratiszeitungen nicht als "Transitmedium" – mit Ausnahme des Zürich Express, solange er seine Leserinnen und Leser an die Tageszeitungen der eigenen Verlage verliert.

Auf die Frage, wie das Nutzungsverhalten der Zeitungsläser durch die Pendlerzeitungen verändert wurde, bekunden 40% von insgesamt 1368 Antworten, dass sich nichts verändert habe. 23% der Befragten, deren Zeitungslektüre sich gewandelt hat, lesen immer noch das gleiche Blatt, wenn auch in neuer Aufmachung und mit neuem Titel: das Zürcher Amtsblatt Zürich Express. 9% haben sich nur anfänglich aus Neugier dem neuen Angebot zugewendet und lesen wieder die herkömmlichen Zeitungen. Eine tatsächliche und allenfalls auch längerfristige Nutzungsänderung lässt sich bei folgenden Befragten feststellen: Ein Viertel aller Befragten behauptet, durch die Pendlerzeitungen generell mehr Zeitung zu lesen, während sich 13% nun vorwiegend den Gratiszeitungen zuwenden. Die Fluktuation gleicht sich allerdings aus, da sich die Kündigungen und Neubestellungen von Zeitungsabonnements unter diesen beiden Gruppen die Waage halten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Pendlerzeitungen als neue Informationsquellen akzeptiert werden. Auch wenn die Mehrheit der Befragten das neue Produkt positiv einschätzt, sind kritische oder sogar negative Stimmen zu hören: Sie weisen auf die Papierverschwendung hin, auf die aufdringliche Verteilweise oder auf die eher gering eingeschätzte journalistische Qualität. Ungeachtet dessen werden die Pendlerzeitungen wahrgenommen, vor allem von jungen, mobilen und urbanen Menschen. Die Versorgung durch Kolporteure, aufgestellte Boxen und direkte Hauszustellung wird von den Befragten als optimal eingestuft. Dass sie alle drei Titel ohne Probleme erhalten, führt dazu, dass viele der Befragten angeben, mehr als eine Pendlerzei-

tung täglich in die Hand zu nehmen. Die Abwechslung wird geschätzt, und rund ein Viertel aller befragten Leserinnen und Leser kann oder will sich nicht auf eine bevorzugte Pendlerzeitung festlegen.

Besser informiert?

Die Studie legt nahe, dass das neue Angebot zusätzlich zu den herkömmlichen Tageszeitungen genutzt wird, dass allgemein mehr Zeitung gelesen wird und weiterführende Informationshinweise beachtet werden. Diese Befunde müssen allerdings relativiert und in einem weiteren Kontext interpretiert werden. Daraus auf eine bessere Informiertheit der Bevölkerung zu schliessen, wäre gewagt. Der Informationsgehalt der neuen Angebote beschränkt sich eben meistens auf oberflächliche Fakten, welche höchstens zu kurzfristiger Informiertheit führen. Der starke Fokus auf Unterhaltung und das Ausgeh-Angebot in und um Zürich trägt wenig zur gesellschaftspolitischen Bildung der Bevölkerung bei. Die neu gewonnenen (jungen) Leserinnen und Leser, die sich ausschliesslich über die Pendler- und Gratiszeitungen informieren, werden allzu einseitig informiert und zudem auf eine oberflächliche Berichterstattung getrimmt, die fragwürdig ist und die herkömmlichen Tageszeitungen unter Druck setzt. Es ist zu hoffen, dass diese den Konkurrenzdruck positiv umzusetzen vermögen, indem sie ihre Produkte überprüfen und qualitativ durch eine differenzierte Hintergrundberichterstattung von den neuen Produkten abgrenzen.

Noch offen bleibt die Frage, welche Titel der neuen Pendler- und Gratiszeitungen sich auf dem Markt behaupten werden. 20 Minuten und Metropol scheinen Leserinnen und Leser mit demografisch und lebensweltlich ähnlichen Merkmalen anzusprechen und sich daher stark zu konkurrenzieren. Wie die Werbewirtschaft darauf reagiert, wird sich zeigen. Die Umfrage "Werbetrends 2001" der "Handelszeitung" gibt allenfalls erste Aufschlüsse. Die Mehrheit der Werbeauftraggeber aller Branchen ist der Ansicht, dass es 20 Minuten gelingen wird, sich auf dem schweizerdeutschen Anzeigemarkt zu etablieren. Nur wenige glauben, dass sich auch Metropol behaupten wird. Vergleichbar ist dieses Resultat mit jenem der Werbeagenturen: Auch hier gibt eine deutliche Mehrheit 20 Minuten die besseren Chancen (vgl. Classen 2001: 19). Zudem könnte auch der Printmedienmarkt in der Region Zürich für die weitere Entwicklung ausschlaggebend sein. In Köln entfachte die Lancierung von 20 Minuten eine Gegenoffensive der dort etablierten Verlage mit dem Resultat, dass 20 Minuten nach millionenschweren Verlusten im Juli 2001 eingestellt werden musste (vgl. SDA 2001: 63).

Martina Leonarz, lic. phil. I, ist Assistentin am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung IPMZ an der Universität Zürich.

medien heft

Literatur:

Aeschbacher, Catherine (2001): Zahntag für die Schweizer Presse. In: Tages-Anzeiger, Medien, 29.4.2001, S. 71.

Bonanomi, Klaus (2000): Verlegerkrämpfe. In: Klartext 5/2000, S. 11-13.

Classen, Oliver (2001): Die Studie im Profil. In: Handels-Zeitung Nr. 14; 4.4.2001, S. 19.

Custer, Ueli (2001a): Zweistellige Millionendefizite? In: media Trend Journal 5, S. 34-42.

Custer, Ueli (2001b): Toptitel tauchen tief. In: media Trend Journal 9, S. 16-22.

Heer, Gret (2000): Entfesselte PR-Maschinerie. In: Handels-Zeitung Nr. 44; 1.11.2000, S. 7.

Hultén, Olof (2000): Das duale Rundfunksystem Schwedens vor dem Umbruch in die digitale Ära. In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): Internationales Handbuch für Hörfunk und Fernsehen 2000/2001. Baden-Baden, S. 560-571.

Mackert, Eva (2001): Offenes Rennen für Gratisblätter. In: Tages-Anzeiger, Stadt Zürich, 31.3.2001, S. 15.

SDA (2001): Das Ende. In: Tages-Anzeiger. Medien. 12.7.2001, S. 63.

SDA (2001): Tages-Anzeiger. In: Tages-Anzeiger. Wirtschaft. 2.4.2001, S. 29.

Links:

Website von Metropol:
<http://ch.clubmetro.com>

Website von 20 Minuten
<http://www.20minuten.ch/verlag/verlag.html>

Website von Zürich Express:
<http://www.zuerichexpress.ch>

Modern Times Group MTG, Herausgeber von Metropol:
www.MTG.se

Schibsted, Herausgeber von 20 Minuten:
www.Schibsted.no